

## C. Die Anfänge des modernen Kommunikations- und Medienwesens

von

*Mirko Herzog und Wolfgang Pensold*

Nach der Niederschlagung der Revolution von 1848 sollten die auseinander strebenden Teile des Reiches wieder stärker aneinander gebunden werden. Im Zeichen dieser Zentralisierung entstand ein umfassender staatlicher Medienapparat. Eine bereits vor der Revolution begonnene und nun wieder aufgenommene Reformierung des Post-, Telegrafien- und Eisenbahnwesens sollte die Effizienz der Staatsverwaltung und der staatlichen Kontrolle stärken, den Handel beleben und dem Staat zusätzliche Einnahmen verschaffen. Beförderungstarife sollten gesenkt, das Poststraßennetz ausgebaut und Postkurse verstärkt an Dampfschiff- und Eisenbahnlinien angebunden, aber auch weitere Eisenbahn- und Telegrafienlinien errichtet werden.

### 1. Kommunikation und Medien in Diensten des Staates

#### *Die „Generaldirektion für Kommunikationen“ 1849*

Als Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten unterstellte Karl Ludwig Bruck die „unentbehrlichen Circulationsmittel des Staatskörpers“ zunächst einer gemeinsamen „Generaldirektion für Kommunikationen“<sup>1</sup>. Deren Verordnungen wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in entsprechenden Auflagen gedruckt und als Zirkulare unter dem Titel „Verordnungsblatt für Posten, Eisenbahnbetrieb und Telegraphen“ per Post an alle betroffenen Dienststellen in den Provinzen verschickt. Über diese innerbetriebliche Aufgabe hinaus sollte der amtliche Medienapparat sicherstellen, dass neue Gesetze an alle Untertanen gelangten. Die Staatsdruckerei druckte ab November 1849 das *Allgemeine Reichs-Gesetz- und Regierungsblatt für das Kaiserthum Oesterreich*, das die Reichsgesetze, Patente und Verordnungen enthielt. Ein eigenes Ex-pedit sorgte für das Packen, Siegeln und Adressieren zum portofreien Versand durch die Post. Adressaten waren die Behörden in den Provinzstädten, von wo die Gesetzblätter an untergeordnete Stellen weiterverteilt wurden. Um eine flächendeckende Verbreitung zu gewährleisten, waren Gemeinden, die abseits von Fahrpostkursen lagen, verpflichtet, die Gesetzblätter durch Gemeindefoten bei den Bezirksbehörden abholen zu lassen. Das Reichsgesetzblatt hatte in allen Gemeinden zwei Wochen lang zur Einsicht für jedermann aufzuliegen und danach in gesammelter Form aufbewahrt zu werden. Das

---

<sup>1</sup> *Wiener Zeitung* vom 18. Oktober 1849.

damit begründete Verfahren der formellen Publikation sah vor, dass Gesetze in Kraft treten, sobald sie publiziert waren. Die Rolle der Post bei der Etablierung des modernen Verwaltungsstaates zeigte sich darin, dass rund ein Drittel des gesamten postalischen Aufkommens auf die portofrei versendete amtliche Korrespondenz entfiel<sup>2</sup>. Vor allem in Ungarn nahm die Amtskorrespondenz nach der Niederschlagung der Revolution deutlich zu, da auf Basis der im März 1849 proklamierten Reichsverfassung zahlreiche neue Gesetze und Verordnungen der kaiserlichen Regierung durchgesetzt wurden. Gleichzeitig mit der Neuordnung der Verwaltung in Ungarn begannen auch der Ausbau des ungarischen Postnetzes und die Einrichtung einer Eisenbahnverbindung zwischen Wien und Pest. Für die Verteilung des Postguts standen Ende 1849 im gesamten Kaisertum hunderte Poststrassen mit insgesamt rund 6.000 Postmeilen Länge zur Verfügung. 177 schnelle Postkutschenkurse verbanden mittels „Eilwagen“ oder „Mallewagen“ die Residenz mit den Provinzhauptstädten, wovon allerdings nur sieben auf Ungarn entfielen. Auf abseits gelegenen Straßen besorgten hunderte Fahr-, Reit- oder Fußbotenkurse den Postdienst, wobei im verkehrstechnisch erschlossenen Westen fahrende, im wenig erschlossenen Osten berittene Boten dominierten. Während des Sommers beförderte auch die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft Reisende und Postgut zwischen Linz, Wien und Pest (*Budapest*). Per Dampfboot wurde die Strecke Wien–Pest in nur einem Tag zurückgelegt. Im Winter, wenn der Fluss unpassierbar war, verkehrten wöchentlich drei „Packfahrten“ auf dem Landweg zwischen Wien und Pest mit jeweils zwei Tagen Fahrzeit. In den weitab gelegenen, ausschließlich auf dem Landweg erreichbaren Gebieten Nordostungarns, des Banats oder Siebenbürgens waren die Routen wegen der schlechten Straßenverhältnisse vor allem in der rauen Jahreszeit oft nur mit leichten Wagen und Vorgespann zu bewältigen.

Für die erst wenige Jahre alte elektrische Telegrafie wurde im Gebäude des Handelsministeriums in Wien das „k. k. Telegraphenzentralbureau“ eingerichtet, das die Endstellen der bislang bestehenden Linien nach Brünn (Brno; *Brno*), Prag (Praha; *Praha*), Preßburg (Pozsony, Prešporok; *Bratislava*) und jener über Graz (Gradec; *Graz*) und Laibach (Ljubljana; *Ljubljana*) nach Triest (Trieste, Trst, Terst; *Trieste*) beherbergte<sup>3</sup>. Von Wien über Preßburg und Budapest entstand eine ganz Ungarn durchquerende Telegrafienlinie. Beim Ausbau des Staatstelegrafennetzes, das künftig vom Zentrum Wien aus über vier „Centrallinien“ in alle Himmelsrichtungen und Provinzen des Reiches führen sollte, standen ebenfalls Ideen staatlicher Verwaltung und Machterhaltung im Vordergrund; für die Abschnitte in den oberitalienischen Städten dachte man aus Furcht vor revolutionären Aktivitäten sogar an eine unterirdische Kabelführung, um Sabotageakten vorzubeugen<sup>4</sup>. Zur Finanzierung des kostspieligen Netzwerks, das zwischen einer und eineinhalb Millionen Gulden kosten sollte<sup>5</sup>, entschloss man sich jedoch entgegen

<sup>2</sup> VERORDNUNGSBLATT FÜR POSTEN, EISENBAHNBETRIEB UND TELEGRAPHEN III/43 (Wien 1850) 187 f.

<sup>3</sup> DIE K. K. TELEGRAPHEN-ZENTRALE IN WIEN, herausgegeben vom k. k. Handelsministerium (Wien 1907) 1.

<sup>4</sup> HERMANN MILITZER, Die österreichischen Telegraphen-Anstalten (Wien 1866) 6.

<sup>5</sup> EBD. 3; J. PAWEL, Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des elektrischen Staatstelegraphen in Österreich von 1846/47 bis 1908 unter besonderer Berücksichtigung des Prager Direktionsbezirkes; in: Zeitschrift für Post und Telegraphie 15/4 (1908) 26.

mancher Sicherheitsbedenken neben der amtlichen telegrafischen Korrespondenz auch private zuzulassen. Eine möglichst hoch veranschlagte Worttaxe – ein Telegramm von Wien nach Triest kostete je nach Länge zwischen 6 und 18 Gulden – sollte den Nutzerkreis klein und überschaubar halten. Die Staatsverwaltung behielt sich zudem vor, „den Telegraphen für die Beförderung von Privatcorrespondenzen, wenn es die Umstände erheischen, ganz zu sperren“. Mitteilungen, die „gegen die Gesetze verstoßen oder aus Rücksichten der Politik oder des öffentlichen Wohles zur Verbreitung auf diesem Wege nicht geeignet erachtet werden“, durften nicht übermittelt werden. Jedes Telegramm durfte höchstens 100 Worte enthalten und musste zudem in deutscher Sprache und „ohne Abkürzung und deutlich geschrieben seyn, so wie Vor- und Zuname, Charakter und Wohnung sowohl des Absenders, als des Adressaten enthalten“<sup>6</sup>.

Im Zeichen der Restituierung der Staatsmacht ergingen auch Restriktionen gegen die regierungsunabhängige Presse. Formell hatte zwar jedermann „das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern“<sup>7</sup>. Zwei Gesetze gegen den „Mißbrauch der Presse“ und zu Verfahren in „Preß-Uebertretungsfällen“ behinderten jedoch die Herausgabe und verboten die Kolportage von Zeitungen<sup>8</sup>. Dahinter stand die Intention, oppositionelle, gegen den Landesfürsten, die Staatsautorität oder die Einheit des Reiches gerichtete Stimmen in der Öffentlichkeit zu unterdrücken. In der österreichischen Reichshälfte ging die Zahl der Zeitungen, die in der Revolutionsära in Folge der erzwungenen Pressefreiheit stark angestiegen war, wieder deutlich zurück. Manche der Wiener Revolutionsblätter nahmen wieder ihre vormärzliche Gestalt an, demokratische und liberale Blätter verschwanden weitgehend, die neu erscheinenden waren konservativ und regimetreu<sup>9</sup>. Die *Wiener Zeitung* wurde zu einem Amtsorgan umgewandelt und brachte nunmehr in den Ministerien verfasste Artikel. Einige Exemplare der frisch gedruckten Ausgabe wurden umgehend auf den bereits bestehenden Eisenbahnstrecken der Kaiser Ferdinands-Nordbahn im Norden sowie der Wien–Gloggnitzer-Bahn und der Südlichen Staatsbahn auf der Südstrecke verschickt. Die Morgenausgabe gelangte dadurch noch am Erscheinungstag nach Brünn, Olmütz (Olomouc; *Olomouc*), Prag oder Graz, die Abendausgabe am nächsten Morgen<sup>10</sup>. So dehnte die Regierung mit Hilfe der Eisenbahn die Reichweite ihres zentralen Sprachrohrs aus, dessen offizielle Berichte auf diese Weise so rasch wie möglich

<sup>6</sup> PROVISORISCHE BESTIMMUNGEN ÜBER DIE BENÜTZUNG DER K. K. STAATSTELEGRAPHEN von Seite des Publikums (Wien 1849) 4.

<sup>7</sup> § 5 des Kaiserlichen Patents vom 4. März 1849 über die durch die konstitutionelle Staatsform gewährleisteten politischen Rechte, RGBl. Nr. 151/1849; vgl. allgemein EDITH DÖRFLER, WOLFGANG PEN-SOLD, Die Macht der Nachricht. Die Geschichte der Nachrichtenagenturen in Österreich (Wien 2001).

<sup>8</sup> JOHANN WINCKLER, Die periodische Presse Oesterreichs. Eine historisch-statistische Studie, herausgegeben von der k. k. Statistischen Central-Commission (Wien 1875) 80 ff.; THOMAS OLECHOWSKI, Die Entwicklung des Preßrechts in Österreich bis 1918. Ein Beitrag zur österreichischen Medienrechtsgeschichte (Wien 2004) 247 ff.

<sup>9</sup> WINCKLER, Periodische Presse 77. Zum Pressewesen insgesamt siehe HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VIII/2: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Die Presse als Faktor der politischen Mobilisierung (Wien 2006).

<sup>10</sup> VERORDNUNGSBLATT FÜR POSTEN 1850, I/8, 32.

auch in die amtlichen oder halbamtlichen, oft landessprachlichen Blätter vor Ort gelangten. Durch Übernahme solcher offiziellen Provinzblätter in staatliches Eigentum und Neugründungen versuchte die Regierung zudem eine amtliche Presselandschaft zu etablieren, um sich in den Gebieten fern der Residenzstadt eine gewichtige Stimme zu verschaffen. Diese Blätter dienten als publizistische Foren für juristische, finanz- und verwaltungstechnische Kundmachungen und Mitteilungen ans Volk, zur Avisierung neuer Gesetze, aber auch als Sprachrohre, über die die Regierung zum Leservolk sprach. Zur Versorgung dieser Provinzblätter mit ministeriell kontrollierten, politischen Nachrichten von Wien aus bediente man sich auch der elektrischen Telegrafie. Joseph Tuvora, ein ehemaliger Wiener Revolutionär, der die Seiten gewechselt hatte<sup>11</sup>, betrieb unter dem Patronat von Innenminister Alexander Bach die *Österreichische Correspondenz* – eine telegrafische Korrespondenz „zur schnellen Widerlegung von Zeitungslügen und Verbreitung von Nachrichten, deren Bekanntmachung man wünscht“<sup>12</sup>.

### *Eisenbahn-, Telegraf- und Postwesen*

Die Motivation für den Ausbau der Verkehrs- und Nachrichtenverkehrsnetze lag auch im Bemühen, das Kaisertum Österreich an den deutschen Wirtschaftsraum anzubinden, wie dies in einem Artikel – verfasst wohl von Minister Bruck selbst – in der *Wiener Zeitung* dargelegt wurde<sup>13</sup>. Bruck verhandelte mit seinem preußischen Amtskollegen August von der Heydt diesbezüglich<sup>14</sup>, wobei freilich jeder der beiden intendierte, seinem Land über eine ökonomische Stärkung auch mehr politisches Gewicht im Deutschen Bund zu verschaffen. Im „Verein Deutscher Eisenbahn-Verwaltungen“, dem die österreichischen Eisenbahnen und die Ungarische Centralbahn bereits angehörten, galten einheitliche Reglements, etwa Erleichterungen in der Zoll- und Passkontrolle am Grenzbahnhof Oderberg (Bogumin, Bohumín; *Starý Bohumín*). In Oderberg wurde im Übrigen auch eine gemeinsame Telegrafestation eingerichtet, um entlang dieser wichtigen Eisenbahnverbindung eine durchgehende telegrafische Verbindung Triest–Wien–Oderberg–Berlin–Hamburg zu schaffen. Den Eisenbahnstrecken kam eine wachsende wirtschaftliche Bedeutung zu. Auf dem nördlichen Eisenbahnabschnitt Wien–Oderberg wurden 1849 rund 750.000 Passagiere und 4,1 Millionen Zentner Frachtgut transportiert, auf dem südlichen zwischen Wien und Gloggnitz 1,2 Millionen Passagiere und 3,1 Millionen Zentner Fracht, und zwischen Mürzzuschlag und Laibach 617.000 Passa-

<sup>11</sup> ELISABETH MANAS, Joseph Tuvora als politischer Publizist. Ein Beitrag zur österreichischen Pressegeschichte und Pressepolitik in den Jahren 1840–1871, phil. Diss. (Wien 1975) 116 ff.; MARIANNE LUNZER, Joseph Tuvora und die „Österreichische Correspondenz“, in: Wiener Geschichtsblätter 1 (1958) 8–14.

<sup>12</sup> Zit. KURT STRASSER, Die österreichische Presse- und Nachrichtenpolitik aus dem Kriege gegen Preussen 1866, phil. Diss. (Wien 1945) 6.

<sup>13</sup> *Wiener Zeitung* vom 26. Oktober 1849, 1; FRIEDRICH WÄLTER, Karl Ludwig Freiherr von Bruck; in: NEUE ÖSTERREICHISCHE BIOGRAPHIE AB 1815. Große Österreicher IX (Wien 1956) 39.

<sup>14</sup> JOSEF REINDL, Der Deutsch-Österreichische Telegraphenverein und die Entwicklung des deutschen Telegraphenwesens 1850–1871. Eine Fallstudie zur administrativ-technischen Kooperation deutscher Städte vor der Gründung des Deutschen Reiches (= Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte 2, Frankfurt am Main 1993) 94–102.

giere und 3,4 Millionen Zentner Fracht<sup>15</sup>. Lücken, wie sie die Südstrecke noch aufwies, wurden durch Postkutschenkurse geschlossen. Die dreitägige Reise von Wien nach Mailand (Milano; *Milano*) erfolgte per Eisenbahn bis zum Semmering und per Postkutsche über den Paß. Von Mürzzuschlag, jenseits des Semmerings, nach Laibach führte wieder eine Eisenbahn. Wer mit eigener Kutsche reiste, konnte diese samt Pferdegespann zum Preis von 30 bis 60 Gulden verladen lassen. In Laibach schloss ein Postkutschenkurs die Lücke über Udine bis Mestre. Von dort ging es per Eisenbahn weiter nach Verona und schließlich wieder per Kutschenpost nach Mailand. Abseits der Haupttrouten baute die Post jedoch ihre Kutschenkurse zur Personenbeförderung zugunsten von Kursen des lukrativeren Brieftransports ab. Den daraufhin ergehenden Beschwerden von Reisenden entgegnete sie mit Hinweisen auf die hohen Betriebskosten, die der Staat nicht tragen könne, und verwies auf den Unwillen der privaten Stellwagenunternehmer, die wenig ergebigen Nebenkurse zwischen den Märkten und Städten regelmäßig zu befahren.

Anfänglich primär aus ökonomischen – und weniger aus politischen – Motiven kam es in den folgenden Jahren zur Verstaatlichung des Eisenbahnwesens. Über Aktienankäufe erwarb der Staat seit 1850 die Ungarische Centralbahn von Preßburg über Pest nach Szolnok, die Krakau–Oberschlesische Eisenbahn und die beiden Bahnen im lombardo-venetianischen Königreich zwischen Venedig (*Venezia*; *Venezia*) und Mailand beziehungsweise Monza und Camerlata. Unter der Androhung, andernfalls eine Paralleltrasse zu errichten, übernahm er 1853 auch die prosperierende Wien–Gloggnitzer-Bahn samt Nebenlinien, im Juli 1854 schließlich auch die Wiener Neustadt–Ödenburg-Bahn<sup>16</sup>. Im selben Monat wurde nach sechsjähriger Bauzeit unter der Leitung des Eisenbahningenieurs Karl Ghega die Bahnstrecke über den Semmeringpass zwischen Gloggnitz und Mürzzuschlag fertig und nach dem Besuch durch das Kaiserpaar der fahrplanmäßige Personen- und Güterverkehr aufgenommen<sup>17</sup>. Eine Inschrift am Semmeringhaupttunnel unterstrich, dass Kaiser Franz Joseph damit für den Verkehr der Menschen und Waren die Adria mit dem deutschen Meer verbunden habe. Währenddessen wurde an neuen Teilstrecken Richtung Triest, in den oberitalienischen Provinzen, im Nordosten und in Ungarn gearbeitet; in Wien begannen die Bauarbeiten an einer Verbindungsbahn zwischen Süd- und Nordbahn. 1854 verfügte Österreich über das größte Staatsbahnnetz der Welt: 1.700 Kilometer waren in Betrieb, 900 Kilometer in Bau. Geplant war ein noch viel größeres Eisenbahnnetz, das der Öffentlichkeit im November in der *Wiener Zeitung* vorgestellt wurde. Es sollte 10.000 Kilometer umfassen und seine Linien die Monarchie von West nach Ost und von Süd nach Nord durchziehen und alle wichtigen Städte miteinander verbinden<sup>18</sup>. Die veranschlagten Kosten

<sup>15</sup> VERORDNUNGSBLATT FÜR POSTEN 1850, III/43, 189; EBD. 1850, I/100–104, 402, Beilage Lit. D und Lit. A; ADOLF JANTZEN, LEOPOLD KASTNER, Handbuch für den gesammten Eisenbahn-, Dampfschiffahrt- und Telegraphen-Dienst im Kaiserthume Oesterreich (Wien 1854) 146.

<sup>16</sup> MARKUS KLENNER, Eisenbahn und Politik 1758–1914. Vom Verhältnis der europäischen Staaten zu ihren Eisenbahnen, geisteswiss. Diss. (Wien 2002) 161–165.

<sup>17</sup> GÜNTER DINHOBL, Die Semmeringerbahn. Der Bau der ersten Hochgebirgseisenbahn der Welt (= Österreich Archiv, Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde, Wien – München 2003) 92, Anm. 375.

<sup>18</sup> *Wiener Zeitung* vom 10. November 1854.

erwiesen sich aber als zu hoch, so dass bald wieder private Gesellschaften mit dem Eisenbahnbau betraut wurden. Wo die Eisenbahnstrecken endeten, knüpften nach wie vor Kurse anderer Verkehrsmittel an. Im noch schienenlosen Abschnitt Laibach–Triest wurde von der Post ein Eilwagenkurs eingerichtet. Von Triest nach Venedig verkehrten Lloyd-Dampfschiffe, von Venedig nach Mailand wieder Eisenbahnen. Ein Schnellzug zwischen Wien und Laibach sollte die Nord-Süd-Verbindung beschleunigen. Aus Gründen der Zeitersparnis beim Umsteigen wurden Passkontrollen und Verzollung vereinfacht. Die „Fahrordnung“ sah in Venedig für die aus Triest per Postkutsche in Richtung Mailand sowie für die aus Mailand per Schiff nach Triest Reisenden einen Aufenthalt von knapp eineinhalb Stunden vor. Die venezianische Polizeidirektion protestierte jedoch, dass die „übliche Passrevision“ bei einem derart kurzen Aufenthalt „eine Unmöglichkeit“ sei. Der Vorschlag des Handelsministeriums, die Passkontrolle in den Eisenbahnwaggons zu erledigen, wurde als für eine „gründliche Amtshandlung“ unpraktikabel abgelehnt, und eine Passrevision beim Besteigen des Dampfers sei noch schwieriger. Die Statthaltereien in Triest und Venedig blieben deshalb dabei, den Lloyd-Passagieren die Pässe abzunehmen und diese zum Passamt des jeweiligen Zielbahnhofs zu befördern, wo die Reisenden in herkömmlicher Weise kontrolliert wurden<sup>19</sup>.

Als Behelf zur einfacheren Benutzung des immer dichter werdenden Verkehrsnetzes erschien 1854 ein *Post-, Eisenbahn- und Dampfschiff-Coursbuch*, das die neuen Eisenbahnstrecken und modifizierten Postkurse und Dampfschiffrouuten zusammenfasste. Es wandte sich erklärtermaßen an Geschäftsleute in der Hauptstadt und in den Provinzen, die von Berufs wegen reisten, sowie an die Postbeamten, die den Reisenden über die aktuellen Verkehrsverbindungen Auskunft geben mussten<sup>20</sup>. In einem anderen *Handbuch für den gesammten Eisenbahn-, Dampfschiffahrt- und Telegraphen-Dienst im Kaiserthume Oesterreich* machte die Behandlung der Reisebestimmungen deutlich, dass sich der staatliche Pass- und Ausweiszwang allmählich lockerte. Auf kurzen Strecken um Wien bedurfte es keiner Passierscheine mehr. Außerdem wurden bei den zuständigen Wiener „k. k. Polizei-Bezirks-Commissariaten“ nun auch länger als acht Tage gültige Passierscheine ausgestellt. Für Fahrten über Wiener Neustadt oder Gramat-Neusiedl hinaus bedurfte es hingegen amtlicher Reisedokumente – innerhalb der Grenzen des eigenen Kronlandes genügte ein „Heimatschein“, der vier Jahre lang galt, für Reisen über die Grenzen des Kronlandes hinaus aber seitens der Bezirkshauptmannschaft beglaubigt werden musste<sup>21</sup>. Die Reisefreiheit galt allerdings nicht überall in gleicher Weise. Für Einwohner Lombardo-Venetiens existierte mit der „Carta d’iscrizione“ ein Reise- und Ausweisdokument, das nur für ein Jahr und innerhalb des Kronlandes galt, und nur dann, wenn es von den zuständigen Militär- oder Polizeibehörden vidiert war. Angesichts der Tatsache, dass bis 1853 ein nachrevolutionärer Ausnahmezustand bestand, wurde eine solche Reiseerlaubnis aber ohnehin nur selten erteilt. Doch bahnte

<sup>19</sup> ANDREA GESELLE, *Bewegung und ihre Kontrolle in Lombardo-Venetien*; in: WALTTRAUD HEINDL, EDITH SAURER (Hgg.), unter Mitarbeit von HANNELORE BURGER und HARALD WENDELIN, *Grenze und Staat: Paßwesen, Staatsbürgerschaft, Heimatrecht und Fremdenengesetzgebung in der österreichischen Monarchie 1750–1867* (Wien – Köln – Weimar 2000) 468 f.

<sup>20</sup> FERDINAND HEINZEL, *Post-, Eisenbahn- und Dampfschiff-Coursbuch* (Wien 1854) III, V.

<sup>21</sup> JANTZEN, KASTNER, *Handbuch* 39, § 2.

sich auf Druck der wirtschaftlichen Entwicklung eine umfassende gesamtstaatliche Reform an. Der Wiener Polizeidirektor kündigte seinem venezianischen Amtskollegen an, in einigen Städten der Monarchie „die Abnahme, Protokollirung und Vidirung der Reise-Urkunden“ von in- und ausländischen Eisenbahn-, Dampfschiff- oder sonstige Durchreisenden „versuchsweise aufzulassen“. Er schlug vor, in Städten wie Verona, Padua (Padova; *Padova*) oder Udine die Passkontrollen aufzuheben, um der wachsenden Schnelligkeit der „Kommunikationsmittel“ und der damit verbundenen Förderung von Industrie und Handel Rechnung zu tragen. Der venezianische Polizeidirektor hatte keine Bedenken, sofern ein strenger exekutiertes Meldewesen an die Stelle der Kontrollen trete<sup>22</sup>.

Vor dem Hintergrund zunehmender überregionaler Handelsaktivitäten stieg auch das Briefaufkommen beständig. 1850 umfasste es insgesamt 42 Millionen Poststücke, zum großen Teil inländisches Privat- und Geschäftspostgut<sup>23</sup>. Die Zahl an Briefsammelstellen hatte sich in nur fünf Jahren mehr als verdoppelt, wenn auch regional eklatante Unterschiede bestehen blieben. Von den 798 Sammelstellen entfielen 149 auf die wirtschaftlich starke Lombardei, aber nur rund 50 auf das flächenmäßig weitaus größere Ungarn<sup>24</sup>. Das Briefaufkommen konzentrierte sich zudem vorrangig auf die bedeutenden Städte, dabei vor allem auf die Residenzstadt Wien. Dort unterhielt die Hofpost in der Inneren Stadt, den Vorstädten und der Umgebung der Stadt 123 Sammelstellen, deren Briefkästen mehrmals täglich geleert wurden. Die eingesammelten Postsendungen wurden dem „Central-Aufgabsamt“ der Hofpost zur Sortierung und Bearbeitung zugeleitet. Fernbriefe gingen danach auf die Reise und Lokalbriefe wurden in den 55 Wiener Zustellbezirken durch Briefträger verteilt, die ihre Runden täglich fünf Mal absolvierten. Die Senkung der Tarife sollte das Korrespondenzaufkommen weiter steigern, um höhere Einkünfte zu erwirtschaften. Für gedruckte Massensendungen wie Anzeigen von Geschäftsänderungen, Todesfällen oder Vermählungen galt bereits eine billige „Einkreuzer-Taxe“. Auch die Einhebung wurde vereinfacht: Hatte man bisher die Briefgebühren beim Empfänger kassiert, so wurden per 1. Juni 1850 nach britischem Vorbild aufklebbare Wertzeichen mit Nominalwerten von 1, 2, 3, 6 und 9 Kreuzern – bald „Briefmarken“ genannt – eingeführt. Die in der Staatsdruckerei produzierten Marken wurden zunächst nur in Postämtern verkauft, mit zunehmendem Briefaufkommen auch bei privaten Verschleißern, die ihr Geschäft mit dem Hinweis „Verkauf von k. k. Briefmarken“ und einem Briefkasten ausstatten mussten.

Im Juli 1850 schlossen sich Österreich und diverse deutsche Staaten zum „Deutsch-Österreichischen Postverein“ zusammen. Dessen Bestimmungen sahen unter anderem vor, überall und „sobald als thunlich“ zur Erleichterung des zwischenstaatlichen Korrespondenzverkehrs Briefmarken einzuführen. Die Regierungen verpflichteten sich

<sup>22</sup> GESELLE, *Bewegung und Kontrolle* 388 f., 393 f.

<sup>23</sup> TAFELN ZUR STATISTIK DER OESTERREICHISCHEN MONARCHIE, Neue Folge I (für die Jahre 1849–1851), 2. Theil, 5. Heft (Wien 1856) 3, Tafel 11; VERORDNUNGSBLATT FÜR POSTEN 1850, III/26, 96 f.

<sup>24</sup> TAFELN ZUR STATISTIK DER OESTERREICHISCHEN MONARCHIE XVIII (für 1845) und XIX (für 1846) (Wien 1850), Tafel 17; EBD., N. F. I (für 1850) (Wien 1856), Tafel 3.

ferner zur Nutzung der Eisenbahnen und ähnlicher Kommunikationsmittel zur größtmöglichen Beschleunigung des Postverkehrs. Ab August 1850 wurden auf der Eisenbahnstrecke zwischen Wien und Oderberg in besonderen Eisenbahnwaggons „fahrende Postämter“ eingesetzt, wie es sie am preußischen Streckenabschnitt schon seit geraumer Zeit gab. In diesen „bureaux ambulants des postes“ wurde das Postgut noch während der Fahrt bearbeitet. Durch die Zeitersparnis erhoffte man sich eine Ausdehnung der Briefaufgabezeit in Postämtern entlang der Eisenbahnstrecken und größere Zufriedenheit des Publikums durch „ein weit präziseres Ineinandergreifen der einzelnen Triebräder der Postanstalt“<sup>25</sup>. Neu geregelt wurde auch der Versand von Zeitungen, die trotz presserechtlicher Restriktionen einen bedeutenden Teil des Postguts ausmachten. 1850 wurden in Österreich 16 Millionen Exemplare versendet, größtenteils noch inländische Blätter<sup>26</sup>, die deutlich billiger befördert wurden als ausländische. Ein Anfang des Jahres in Kraft getretener Vertrag mit den deutschen Staaten legte fest, dass für den grenzüberschreitenden Versand politischer, täglich erscheinender Zeitungen eine Gebühr in halber Höhe des Abonnementpreises (mindestens 3 und höchstens 9 Gulden C.M. jährlich) zu entrichten war. Für den Inlandsversand galten aber noch die günstigen Tarifbestimmungen aus dem Revolutionsjahr. Dadurch entstand die kuriose Situation, dass eine Tageszeitung mit einem Jahresabonnementpreis von 12 Gulden nach Preussisch Oderberg um jährlich 6 Gulden und ins benachbarte österreichische Oderberg um 1 Gulden 48 Kreuzer versendet wurde<sup>27</sup>. Zur Angleichung wurde der günstige Inlandstarif aufgehoben und durch einen fixen Tarif von einem Kreuzer pro Zeitungsexemplar ersetzt, der durch aufklebbare Zeitungsmarken zu entrichten war. Aus Kontrollgründen wurden die Zeitungsmarken nur von Postämtern jener Orte ausgegeben, an denen auch Zeitungen erschienen, und nur an sie zu jeweils 100 Stück um einen Gulden verkauft<sup>28</sup>. Nicht im Postversand inbegriffen war die Zustellung an die Wohnadresse. Üblicherweise wurden die Zeitungen von den Abonnenten an den Postämtern abgeholt. Bei ärarischen, also staatlichen Postämtern wurde jedoch gegen eine zusätzliche Gebühr von einem halben Kreuzer pro Exemplar eine Hauszustellung durch den Briefträger angeboten. Bemüht um „thunlichste Beschleunigung“ der Zeitungszustellung und um eine Steigerung des Aufkommens, ließ die Post das Publikum darüber „durch Kundmachung in der Landes-Zeitung und Anschlag im Postamte“ und unter Hervorhebung der Vorteile solcher Neuerungen in Kenntnis setzen<sup>29</sup>.

Die Staaten Österreich, Preußen, Bayern und Sachsen verpflichteten sich überdies im „Deutsch-Österreichischen Telegraphenverein“, dem „öffentlichen wie dem Privat-Verkehre“ auch die Vorteile „eines nach gleichmäßigen Grundsätzen geregelten Telegraphen-Systems“ zu eröffnen<sup>30</sup>. Das österreichische Staatstele-

<sup>25</sup> VERORDNUNGSBLATT FÜR POSTEN 1850, I/53/54, 214.

<sup>26</sup> TAFELN ZUR STATISTIK, N. F. I (für 1849–1851), 2. Theil, V. Heft, 3, Tafel 11; VERORDNUNGSBLATT FÜR POSTEN 1850, II/26, 96 f.

<sup>27</sup> RÜDIGER WURTH, Die „Zeitung“ (= Österreichische Postgeschichte 14, Klingenschmitt 1990) 63.

<sup>28</sup> Ebd. 64.

<sup>29</sup> VERORDNUNGSBLATT FÜR POSTEN 1850, II/79–83, 329; III/74, 269; III/95–98, 385 f.

<sup>30</sup> Zit. REINDL, Telegraphenverein 103.

grafennetz nahm etwa die Hälfte des gesamten Vereinsnetzwerks ein; die Residenzstadt Wien war mit 16 Provinzhauptstädten telegrafisch verbunden. Über die Stationen Oderberg, Bodenbach (Podmokly; *Děčín*) und Salzburg bestanden Anschlüsse an die Telegrafennetze von Preußen, Sachsen und Bayern<sup>31</sup>. Von den knapp 45.000 Telegrammen, die 1851 beim Staatstelegrafen aufgegeben wurden, waren knapp 23.000 Privattelegramme und noch an die 22.000 gebührenfrei zu befördernde Staatstelegramme von zivilen und militärischen Behörden. Allmählich trat die amtliche Nutzung aber hinter die kommerzielle zurück. Im Telegrafenerlehrkurs wurden die angehenden Telegrafisten über technische Fragen hinaus auch schon bezüglich häufig vorkommender Fachausdrücke und Fremdwörter der Handelskorrespondenz unterrichtet. Eingebunden in das Telegrafenervereinsnetz, begann sich der Staatstelegraf vom Verwaltungsinstrument zu einem bedeutenden Treibriemen des überregionalen Handels zu wandeln.

Mit den Verkehrsverbindungen wuchsen die Nachrichtenverkehrsverbindungen, die so manche Reise obsolet machten. Wiener Kaufleute etwa konnten ihre Geschäfte in der Hafenstadt Triest auf telegrafischem Weg aus der Ferne und mit nie da gewesener Schnelligkeit abwickeln, ja sie waren in der Lage, zur gleichen Zeit an verschiedenen Handelsplätzen Geschäfte zu tätigen, nachdem die Drähte des Telegrafens die Börsen und Märkte vieler Städte miteinander verbanden<sup>32</sup>. Im *Handbuch für den gesamten Eisenbahn-, Dampfschiffahrt- und Telegraphen-Dienst im Kaiserthume Oesterreich* waren auch die Linien des Staatstelegrafens verzeichnet, der mittlerweile über 68 Stationen und zahlreiche internationale Anschlüsse verfügte. Durch Einbindung des Staatstelegrafens in den „Deutsch-Österreichischen Telegraphenverein“ hatte sich zudem eine deutliche Tarifiermäßigung vollzogen – ein einfaches Telegramm mit höchstens 25 Worten von Wien nach Triest kostete jetzt nur noch 4 Gulden<sup>33</sup>. Die Ausdehnung des Netzwerks und die Ermäßigung der Tarife zogen eine Zunahme der Nutzung nach sich, wobei es vor allem Wirtschaftskorrespondenz war, die den Telegrammverkehr anwachsen ließ. 1855 zählte man bereits 204.000 aufgegebene Telegramme, davon waren 59.000 amtlicher und 145.000 privater Natur, letztere entfielen hauptsächlich auf „kaufmännische Correspondenten“. In ähnlicher Weise nahm die Briefkorrespondenz zu. 1855 waren 51 Millionen Privatbriefe zu verzeichnen – gegenüber 21 Millionen amtlichen Korrespondenz-„Packeten“. Der Korrespondenzverkehr betraf vorrangig die großen Städte. Die Poststellen in den Provinzen bearbeiteten nur wenige Briefe pro Tag, jene in den meisten Städten einige hundert, während in der Residenzstadt Wien täglich rund 23.000 Briefe zugestellt wurden<sup>34</sup>.

<sup>31</sup> DER TELEGRAPH. Eine Richtschnur bei Benützung der electro-magnetischen Telegraphen des deutsch-österreichischen Telegraphen-Vereins (Graz 1852) 20.

<sup>32</sup> KARL KNIES, *Der Telegraph als Verkehrsmittel. Über den Nachrichtenverkehr überhaupt* (Leipzig 1857, Neudruck, herausgegeben von HANS WAGNER und DETLEF SCHRÖTER, München 1996) 72 f.

<sup>33</sup> STATISTIK DES OESTERREICHISCHEN TELEGRAPHEN in den Jahren 1870 und 1871 (Wien 1873) 6; JANTZEN, KASTNER, *Handbuch* 365, 372, 382 f.

<sup>34</sup> TAFELN ZUR STATISTIK DER OESTERREICHISCHEN MONARCHIE, N. F. III (für die Jahre 1855–1857) (Wien 1861) Tafel 3; MILITZER, *Telegraphen-Anstalten* 33; REINDL, *Telegraphenverein* 150.

*Die „Oberste Polizei-Behörde“ als Überwachungsinstrument für Publikationen*

Der zunehmende amtliche Druckbedarf hatte unterdessen die Zahl der Beschäftigten der Staatsdruckerei auf 900 anwachsen lassen<sup>35</sup>. Direktor Alois Auer ließ überdies das Gebäude ausbauen, den Maschinenpark erneuern und einen zentralen Dampfmaschinenantrieb installieren. Das Papier bezog er von der an der Südbahn gelegenen Papierfabrik in Schlöglmühl, die 1851 vom Staat übernommen wurde<sup>36</sup>. Kritiker, die den Druckschriftenmarkt für private Druckereien öffnen wollten, unterstellten der Staatsdruckerei hohe Betriebskosten, woraufhin im *Lloyd* eine umfangreiche Entgegnung erschien. Der anonyme Autor – wahrscheinlich Auer selbst – verwies darauf, dass die Personalkosten und auch die Tarife der Staatsdruckerei unter jenen von Privatdruckereien lagen. Mit dem in zehn Sprachen erscheinenden „Reichsgesetzblatt“, von dem bereits Millionen Exemplare gedruckt worden waren, und der Herstellung der staatlichen Wertpapiere sowie aller ministeriellen und behördlichen Drucksorten habe die Staatsdruckerei zudem Aufträge zu erfüllen gehabt, „die die übrigen Druckereien zusammen kaum zu lösen im Stande gewesen wären“<sup>37</sup>.

Hinter der Dominanz der Staatsdruckerei stand aber auch das politische Motiv, das schwer kontrollierbare private Druckgewerbe in seiner Entwicklung zu hemmen. Darauf verweist jedenfalls die restriktive „Preß-Ordnung“, die im Mai 1852 erlassen wurde. Zur Eindämmung unwillkommener Publikationen geschaffen, schränkte sie ab September 1852 in allen Ländern der Monarchie das private Druckgewerbe ein. Druckerpressen durften demnach nur von befugten Personen betrieben werden und auch nur an genehmigten Orten. Der Verschleiß durfte ebenfalls nur durch befugte Personen in ihren regulären Verkaufsstätten erfolgen. Buchhandlungen durften nur mit behördlicher Erlaubnis und nur in den Hauptstädten der Kronländer oder in Orten mit Sitz einer Kreisregierung oder Bezirkshauptmannschaft errichtet werden. Der Handel mit Büchern war ausschließlich berechtigten Händlern gestattet. Das Hausieren, Anbieten und Ausrufen von Druckwerken außerhalb des Verkaufslokals sowie das Anschlagen von Plakaten zur Ankündigung von Druckschriften war verboten. Die Herausgabe einer periodisch erscheinenden Zeitung oder Zeitschrift war nur an Orten mit Sitz einer landesfürstlichen Sicherheitsbehörde gestattet und an eine Konzession gebunden. Darüber hinaus bedurfte es der Entrichtung einer Kautions, so es sich um eine periodische Druckschrift – ausgenommen amtliche Blätter – handelte, die „die politische Tagesgeschichte behandelt, politische, religiöse oder sociale Fragen bespricht, oder überhaupt politischen Inhalts ist“<sup>38</sup>. Die Kautions betrug zwischen 5.000 und 10.000 Gulden C.M. Bei etwaigen Verurteilungen konnte teilweiser oder gänzlicher Kautionsverfall verfügt werden, was unbotmäßige

<sup>35</sup> FRANZ STAMPRECH, 175 Jahre Österreichische Staatsdruckerei. Entwicklung und Geschichte der Österreichischen Staatsdruckerei (Wien 1979) 70 f.

<sup>36</sup> EBD. 65.

<sup>37</sup> *Lloyd* vom 14. Februar 1852, zit. ALOIS AUER VON WELSCHACH, Geschichte der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien (Wien 1851) 134.

<sup>38</sup> HANDBUCH DES ÖSTERREICHISCHEN STRAFGESETZES über Verbrechen, Vergehen und Übertretungen nebst den dazu gehörigen Verordnungen über die Kompetenz der Strafgerichte und der Pressordnung vom 27. Mai 1852 (Wien 1852) 339.

Blätter in den Ruin zu treiben erlaubte. Von jedem Blatt einer periodischen Druckschrift hatte der Drucker beziehungsweise der Verleger vor Herausgabe oder Versendung überdies ein Exemplar bei der zuständigen landesfürstlichen Behörde sowie der Staatsanwaltschaft, so es am Ort eine gab, zu hinterlegen<sup>39</sup>.

Damit war die formell noch geltende Pressefreiheit faktisch abgeschafft und die Regierung konnte nach Belieben die oppositionelle Presse knebeln. Als Chef der neu eingerichteten „Obersten Polizei-Behörde“ versuchte der vormalige Wiener Militärgouverneur Johann Kempen von Fichtenstamm die wenigen verbliebenen politischen Zeitungen unter Druck zu setzen, obgleich sie ohnehin überwiegend amtlicher oder konservativer Natur waren. Verfolgte eine periodische Druckschrift „beharrlich eine dem Throne, der monarchischen Regierungsform, der staatlichen Einheit und Integrität des Reiches, dem monarchischen Principe, der Religion, der öffentlichen Sittlichkeit, oder überhaupt den Grundlagen der Staatsgesellschaft feindselige, oder mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung unvereinbare Richtung“, konnte sie gemäß Preß-Ordnung nach zweimaliger schriftlicher Verwarnung vom Statthalter des Kronlandes für drei Monate, von der Obersten Polizei-Behörde auch gänzlich eingestellt werden. Beteiligten Personen drohten Arreststrafen<sup>40</sup>.

Der Obersten Polizei-Behörde oblag auch die Bewilligung von Konzessionen zur Herausgabe periodischer Druckschriften, wodurch sie in der Lage war, jegliche Gefahr politisch-publizistischer Opposition bereits im Keim zu ersticken. Zur Disziplinierung von Zeitungen bediente man sich nach vormärzlicher Manier auch der Verfügungsgewalt über das Postnetz. Denn selbst ausländische Blätter, auf die man sonst kaum Einfluss nehmen konnte, ließen sich auf diesem Weg unter Druck setzen. Die Oberste Polizei-Behörde konnte ihnen den Postdebit entziehen und damit die Möglichkeit, bei einem heimischen Postamt abonniert und von der Post befördert zu werden. Im Verordnungsblatt wurden solche verbotenen Blätter regelmäßig bekannt gegeben, deren Einfuhr, Handel, Ankündigung und Verbreitung „Jedermann untersagt“ war<sup>41</sup>. Eine Instruktion zur Preß-Ordnung sah zudem die Aufstellung von „Bücher-Revisionskommissionen“ an den Grenzen zur Kontrolle von Reisegepäck und zur Unterbindung des Einschmuggelns verbotener Schriften vor, um kritische Stimmen – auch solche von österreichischen Exilanten – zu unterdrücken. Kempen betrieb auch eine Reorganisation der geheimen Briefüberwachung, die ebenfalls das Verbreiten von unerwünschtem Ideengut unterbinden sollte. Er betonte deren Bedeutung in einer Zeit, in der Eisenbahnen, Dampfschiffe und Telegrafen die Entfernungen schwinden ließen und so „Verbindungen zwischen den revolutionären Zentral-Komitees im Auslande und ihrem Anhang in den kaiserlichen Staaten“ wesentlich erleichterten. Zudem hätte der Grundsatz des Postgeheimnisses es der „Umsturzpartei“ ermöglicht, die Postanstalt „ungescheut zur Förderung ihrer verbrecherischen Pläne benützen zu können“. Angesichts dessen führte er die vormärzliche Briefzensur wieder ein. Trotz des formal geltenden Briefgeheimnisses empfahl er die Einrichtung von Postlogen zur geheimen Brieföffnung. Sämtliche verdächtigen

<sup>39</sup> EBD. 331 ff.

<sup>40</sup> EBD. 343, 347 ff.

<sup>41</sup> EBD. 343.

Korrespondenzen sollten in Abschrift an ein unter seiner Leitung stehendes „Zentral-Manipulationsbüro“ geleitet werden. Die Postlogen waren unauffällig einzurichten, für den Dienst nur schon früher verwendete Postbeamte auszuwählen, die sich im Revolutionsjahr 1848 als politisch zuverlässig erwiesen hatten. Tatsächlich arbeiteten alsbald in vielen Städten der Monarchie neu errichtete oder reorganisierte Postlogen. Die Logisten überwachten politisch Verdächtige – Emigranten oder Zeitungsredakteure, die mit dem Ausland brieflich oder telegrafisch korrespondierten. In Triest kontrollierte man nach den Kategorien: „bedenkliche“, „in höherem Grad bedenkliche“ oder „sehr verdächtige“ Korrespondenzen<sup>42</sup>.

*„Die ganze Welt in Bildern“*

Die zunehmende Mobilität gehobener Bevölkerungskreise spiegelte sich auch in Bildmedien. 1854 erschien eine Serie von 14 Lithographien des aus Pest stammenden Malers und Lithographen Imre Benkert, die Ansichten vom Bau der Semmeringstrecke zeigte. Auftraggeber war der Vareser Bauunternehmer Ferdinand Tallachini, der einen der schwierigsten Bauabschnitte realisiert hatte und diese technische Pioniertat in den Lithographien darstellen ließ. Die Serie erschien in einer schwarz-weißen und einer farblithographischen Variante – letztere in einer Samtmappe mit Elfenbeinrand. 1855 erschien in großer Auflage der Reiseführer „Panorama des Semmerings“ mit einem ebenfalls von Benkert gezeichneten „Leporello“ – einem auffaltbaren Panoramabild mit Ansichten von den Orten und Landschaften, wie sie von den Eisenbahnreisenden durch die Waggonfenster gesehen werden konnten<sup>43</sup>. Der verkehrstechnischen Erschließung weiter Landstriche folgte damit ihre Vermarktung.

Bilder waren jedoch nach wie vor exklusiv. Der Direktor der Staatsdruckerei Alois Auer beklagte die Aufwändigkeit der in Verwendung stehenden Bildruckverfahren: Bilder seien deswegen nur gering verbreitet und lediglich reichen Familien zugänglich. Da die inländischen Druckereien keine konkurrenzfähigen Erzeugnisse lieferten, seien in den Auslagekästen auf den Straßen überdies nur wenige Bildnisse von heimischen „großen Regenten oder Helden der Vorzeit“ zu finden. Hingegen gelangten zahllose Bilder ausländischer Persönlichkeiten aus den Kaufmannsgewölben an die Wände öffentlicher Belustigungsorte, in die Zimmer der Bürger und die Stuben der Bauern. Auer bedauerte dies, denn mit Hilfe von Bildern könne Kindern Religion, Geografie oder die Geschichte ihres Vaterlandes besser gelehrt und Moral und Vaterlandsliebe „eingepflichtet“ werden<sup>44</sup>. Jede heimische Druckerei, so Auers Resümee, möge einen

<sup>42</sup> HARALD HUBATSCHKE, Ferdinand Prantner (Pseudonym Leo Wolfram) 1817–1871. Die Anfänge des politischen Romans sowie die Geschichte der Briefspionage und des geheimen Chiffredienstes in Österreich, phil. Diss. (Wien 1975) V, 1351 f., 1354 ff.

<sup>43</sup> PANORAMA DES SEMMERINGS. Nach der Natur gezeichnet von IMRE BENKERT, geschildert von DR. F. C. WEIDMANN (Wien 1855); KARL HEINZ KNAUER, GÜNTER DINHOBL, Faszination Semmeringbahn. Ausstellungskatalog (Wien 2004) 66.

<sup>44</sup> ALOYS AUER, Ueber den polygraphischen Apparat der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien. Vortrag im niederösterreichischen Gewerbeverein vom 4. Februar 1853; in: Verhandlungen des niederösterreichischen Gewerbe-Vereins, N. F. 1 (1853) 55 ff.

renommierten Xylographen zur Herstellung von Holzschnitten beschäftigen, „so sehr dürstet das Volk nach Bildern“<sup>45</sup>.

Auer erkannte die kommerzielle Kapazität des graphischen Gewerbes. Vor allem der massenhafte Druck von Fotografien werde – sobald technisch ausgereift – tausenden Fotografen Beschäftigung bieten und Millionen Käufern die Möglichkeit, sich „die ganze Welt in Bildern“ ins Zimmer zu holen. Vaterländische Naturwunder, Erzeugnisse der Kunst und der Wissenschaft sollten so „in den Besitz eines jeden Patrioten“ gelangen, in jeden Palast, in jede Bürgerwohnung, bis zur Dorfschule und zur Bauernhütte<sup>46</sup>. Tatsächlich entwickelte der in der Staatsdruckerei angestellte Paul Pretsch ein Druckverfahren für Fotografien, doch kündigte er seine Stellung und reiste nach London, wo er als Privatperson Patente anmeldete und 1855 mit Unterstützung mehrerer Geldgeber die kommerzielle „Photo-Galvano-Graphic Company“ gründete.

In Österreich konzentrierte sich die Fotografie zunächst noch auf exklusive Einzelerzeugnisse – vorrangig auf das überkommene Genre des Porträts<sup>47</sup>. In Anlehnung an das feudale Porträtmalerei stellte die in den Städten der Monarchie eröffneten Fotoateliers Porträtfotografien her, die den gehobenen sozialen Status der Abgebildeten unterstrichen. Diese Porträtfotos waren kostspielige Einzelanfertigungen, die durch nachträgliche, händische Kolorierung dem prestigeträchtigen, in Öl gemalten Vorbild angenähert wurden. Adolf Kogler in Wien verlangte für ein Porträt ohne Retusche 1 Gulden 30 Kreuzer, für ein Porträt „gut gemalt“ 2 Gulden 30 Kreuzer<sup>48</sup>. Die Stammklientel der Fotografen bildeten Aristokraten und Bürgerliche aus den obersten Einkommensgruppen. Wanderfotografen wie Anton von Lilienau suchten nach alter Manier die gehobene Gesellschaft in exklusiven Sommerfrischeorten wie Gmunden, Hall in Oberösterreich oder Ischl im Salzkammergut auf. Der Repräsentation diene auch die fotografische Visitenkarte. Der Pariser Fotograf André Adolphe Eugène Disdéri hatte eine mehrlinsige Kamera entwickelt, die jeweils mehrere kleine Porträts aufnahm, welche auf Kartons im Format der Visitenkarten geklebt wurden. Nach Vorstellung dieser Kamera in der *Zeitschrift für Photographie und Stereoskopie* setzte in Wien um 1860 eine wahre „Visitenkartenepidemie“ ein<sup>49</sup>. Wer sich zur gehobenen Gesellschaft zählte, ließ Karten drucken, auf denen man als „ganze Figur“ vor üppig gerafften Vorhängen und Säulenbalustraden posierte<sup>50</sup>.

<sup>45</sup> EBD. 76.

<sup>46</sup> EBD. 55 ff.

<sup>47</sup> ADELHEID BAYER, *Die Photographie und ihre Entwicklung in Wien 1839–1914. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte der Stadt Wien*, phil. Diss. (Wien 1965) 335; OTTO HOCHREITER, TIMM STARL, *Lexikon zur österreichischen Fotografie*; in: DIESELBEN (Hgg.), *Geschichte der Fotografie in Österreich II* (Bad Ischl 1983) 138.

<sup>48</sup> HANS FRANK, *Vom Zauber alter Licht-Bilder. Frühe Photographien in Österreich 1840–1860* (Wien 1981) 102.

<sup>49</sup> TIMM STARL, *Sammelfotos und Bildserien. Geschäft, Technik, Vertrieb*; in: *Fotogeschichte III/9* (1983) 6; DERS., „Die Photographie ist eine Notwendigkeit.“ *Die Atelierfotografie in Österreich im 19. Jahrhundert*; in: HOCHREITER, STARL (Hgg.), *Geschichte der Fotografie I* 28.

<sup>50</sup> URSULA PETERS, *Aufklärung, Volksbildung oder Herrschaftsstrategie? Die Prominenz im Sammel-foto*; in: *Fotogeschichte III/9* (1983) 35–38.

Abgesehen davon entstand allmählich auch ein Markt für fotografische Massenware. Neben individuellen Porträts boten die Fotografen Abzüge prominenter Porträtierter für das Steckalbum an. Derlei Porträts wurden von den Fotografen in eigenen Verkaufskatalogen angeboten. Franz Schultz in Wien gab 1861 ein Verzeichnis heraus, in dem 800 Porträtfotos prominenter Wiener „Männer der Wissenschaften, des Unterrichtswesens, und 300 Priester aller Würdensgrade“ im Visitformat zum Sammeln angeboten wurden<sup>51</sup>. Von England und Frankreich ausgehend, verbreiteten sich überdies „Stereoskopien“, also Doppelaufnahmen, die in einem „Stereoskop“ – einer entsprechenden Betrachtungsvorrichtung – räumliche Wirkung entfalteten und für einen wachsenden Abnehmerkreis die Welt ins bürgerliche Heim zu holen versprachen. Häufige Sujets waren neben Porträts auch Bauwerke und Natursehenswürdigkeiten, aber auch Darstellungen weiblicher Akte, so genannte „Akademien“ aus Paris – angeblich Vorlagen für Maler und Bildhauer, die sich die teuren Modelle nicht leisten konnten. Da diesen massenhaft verbreiteten Motiven auch sittliche oder politische Brisanz zukam, wurde das fotografische Gewerbe im Rahmen des neuen Pressegesetzes der Vorlagepflicht eines Pflichtexemplars bei den zuständigen Behörden unterworfen. Im Mai und Juni 1864 zeigte eine von der Photographischen Gesellschaft in Wien veranstaltete Ausstellung das zeitgenössische Angebot. Der Ausstellungskatalog verzeichnete rund hundert in- und ausländische Berufs- und Amateurfotografen, Fotohändler und Fabrikanten. Die Aussteller stammten zur Hälfte aus Wien; aus Ödenburg (Sopron; *Sopron*), Prag und dem mährischen Oslawan (Oslavany; *Oslavany*) kam jeweils ein Fotograf. Die meisten ausländischen Aussteller stammten aus Paris. Ausgestellt war Fotoausstattung: geschnitzte Balustraden, gemalte Landschaftskulissen, Kopfhalter, Fotochemikalien, Objektive und Reisekamas. Gezeigt wurden aber auch Fotografien von Ölgemälden, Statuen, Rüstungen, Genreszenen sowie Reise- und Landschaftsfotografien. Zu sehen waren auch Visitporträts prominenter Zeitgenossen und historischer Figuren etwa „nach den Original-Oelgemälden in der Gallerie von Versailles“. Der führende Wiener Fotoverlag von Oscar Kramer vertrieb Stereoskopien ausländischer Landschaftsfotografen und bot das vom venezianischen Fotografen Carlo Ponti produzierte „Alethoscop“ an – einen Apparat zum Betrachten fotografischer Stadtveduten. Wiener Fotografen präsentierten Ansichten von Wien, Prag oder Graz. Ein Wiener Fotohändler offerierte eine 90teilige, während der Großglockner-Expedition 1863 hergestellte Bilderserie *Oesterreichische Alpen* im Großformat<sup>52</sup>. Die Bedeutung der Ausstellung sah man „in der Anregung des Publicums und in der Erweckung des Geschmacks für die photographische Production“, wie es in der Fachzeitschrift *Photographische Correspondenz* hieß. Die Fotos sollten die Wände der Salons und Wohnstuben schmücken, in eleganten Alben mit luxuriösen Einbänden gesammelt oder in Schauapparaten bewundert werden. Die Ausstellung wurde mit einem „lockenden Bazar“ verglichen, dessen Angebot beim Besucher den Wunsch erwecken sollte, „in den Besitz dieses oder jenes hübschen Gegen-

<sup>51</sup> TIMM STARL, Die Verbreitung der Fotografie im 19. Jahrhundert; in: HOCHREITER, STARL (Hgg.), Geschichte der Fotografie II 10, 17 Anm. 5.

<sup>52</sup> ERSTE PHOTOGRAPHISCHE AUSSTELLUNG IN WIEN. Katalog (Wien 1864) 53, 58, 61, 69 f., 74–78.

standes zu gelangen<sup>53</sup>. Die Prophezeiung, die „nächste Zukunft der Photographie wird ihre Verbreitung unter alle Stände sein“<sup>54</sup>, schien angesichts der Preise aber voreilig. Porträts kosteten laut Katalog unkoloriert zwischen eineinhalb und 15 Gulden, koloriert oder im Großformat zwischen 25 und 40 Gulden, Kunstreproduktionen – je nach Größe und Ausführung – zwischen 3 und 80 Gulden, unkolorierte Visitfotos pro Stück 60 Kreuzer, koloriert und in „elegant vergoldeten Bronze-Rähmchen“ zwischen 3 und 6 Gulden, kartonierte Stereoskopien zwar nur zwischen 50 und 70 Kreuzer, die dafür nötigen Betrachtungsapparate in der billigsten Ausführung aber 6 Gulden. Der überwiegende Teil der Bevölkerung, für den Fotografien nicht erschwinglich waren, musste sich weiterhin damit begnügen, in den Schaukästen der Fotografen Porträts berühmter Personen zu betrachten, oder aber die Bilder von Schaustellern in diversen Lokalitäten oder auf öffentlichen Plätzen.

## 2. Zwischen staatlicher Reglementierung und freier Entwicklung

### *Mehr Korrespondenz*

Kommerzielle Überlegungen führten zu Initiativen, das Briefschreiben in der Bevölkerung zu fördern. Die „Schreibelust“ sei in den letzten Jahren zwar beständig gestiegen, so Emanuel Herrmann, Professor für Nationalökonomie an der Militärakademie in Wiener Neustadt, doch sei die Notwendigkeit und Neigung, Briefe zu schreiben, nach Stadt und Land, aber auch nach Beruf, Stand und Nationalität höchst unterschiedlich<sup>55</sup>. Die ungarische Post etwa beförderte 1868 rund 25 Millionen Briefe und brachte damit jedem Einwohner durchschnittlich keine zwei Briefe pro Jahr<sup>56</sup>. Man müsse danach trachten, so Herrmann, den Briefverkehr zu steigern, gelte dieser doch gemeinhin als Gradmesser für Bildung und wirtschaftliche Entwicklung. Die österreichische Post hatte bereits Anfang 1866 das Porto für einfache Inlandsbriefe auf 5 Kreuzer ohne Unterschied der Entfernung herabgesetzt. Daraufhin stieg die Zahl der in der österreichischen Reichshälfte beförderten Briefe 1868 auf 98 Millionen<sup>57</sup>, eine Zahl, die bei rund 20 Millionen Einwohnern pro Kopf und Jahr freilich auch kaum fünf Briefe bedeutete. 1869 wurden rund 125 Millionen beförderte Briefe gezählt, wobei das rasante Ansteigen zum überwiegenden Teil noch immer auf die Städte zurückging, während das ländliche Briefaufkommen weiterhin gering blieb<sup>58</sup>. Ländliche Gebiete

<sup>53</sup> Zit. STARL, Notwendigkeit 32.

<sup>54</sup> Zit. DERS., Verbreitung der Fotografie 17.

<sup>55</sup> E[MANUEL] H[ERRMANN], Ueber eine neue Art der Correspondenz mittelst der Post; in: *Neue Freie Presse*, Abendblatt vom 26. Jänner 1869, 1.

<sup>56</sup> ALEXANDER VON MATLEKOVITS, Das Königreich Ungarn: volkswirtschaftlich und statistisch dargestellt II (Leipzig 1900) 585.

<sup>57</sup> DAS ÖSTERREICHISCHE POST- UND TELEGRAPHENWESEN in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern MIT SCHLUSS DES JAHRES 1869 (Wien 1870) 29.

<sup>58</sup> EBD. 1868 (Wien 1869) 45; EBD. 1869 (Wien 1870) 32, 35 ff.

waren noch ohne Poststellen und Briefkästen, was sich auch im Fall der Zustellung von Behördenschreiben mitunter als „ärgste Schattenseite“ erwies<sup>59</sup>. Um dies zu ändern, erfolgte zunächst in Niederösterreich, dann in Böhmen die probeweise Einführung der Landpost – der so genannten „Ruralpost“. Eigens eingestellte Landbriefträger sollten in den ländlichen Regionen Postsendungen zustellen und einsammeln. Eine flächendeckende Briefversorgung hielt die Postverwaltung jedoch erst dann für realisierbar, wenn sich auf dem Land mehr Briefverkehr einstelle, der höhere Einnahmen bringe<sup>60</sup>.

Als neues Medium sollte die „Correspondenz-Karte“ das allgemeine Korrespondenzaufkommen steigern helfen. Neben Geschäfts-, Liebes- und Familienbriefen entfiel ein Drittel der Korrespondenz auf kurze Benachrichtigungen, Ankündigungen, Glückwünsche. Dafür würde sich die vorgedruckte Karte eignen, die in knapper Sprache mit nicht mehr als 20 Worten beschrieben und um eine Gebühr von nur zwei Kreuzern befördert werden könnte<sup>61</sup>. Nachdem es gelang, die Verantwortlichen von der Gewinnträchtigkeit dieser Idee zu überzeugen, wurde die „Correspondenz-Karte“ 1869 eingeführt. In der amtlichen *Wiener Zeitung* hieß es dazu, dass die Zeit- und Kostenersparnis besonders Reisenden zugute käme, die selbst während der Fahrt Korrespondenzen an ihre Angehörigen oder Geschäftsfreunde verfassen und gegebenenfalls gleich „in den Briefkasten des fahrenden Postamtes oder des nächsten Bahnhofpostamtes“ einwerfen könnten<sup>62</sup>.

Die anbrechende Gründerzeit, in der Aktiengesellschaften und Wirtschaftsunternehmen in großer Zahl entstanden, brachte in den wirtschaftlich starken Städten ein noch stärkeres Anwachsen des Korrespondenzverkehrs als bisher. Die Folge war, dass städtische Postnetze an die Grenzen ihrer Kapazität gerieten. In Wien führten das hohe Postaufkommen und die stete Ausdehnung des Stadtpoststrahmens zu immer mehr Klagen über zu langsame Zustellung, zu wenig Personal und zu große Zustellbezirke für die Briefträger. Ein Brief in die Vorstadt brauchte oft „Stunden“<sup>63</sup>. Von dieserart Problemen blieb auch die neu eingeführte Korrespondenzkarte nicht unberührt. In die Euphorie mischte sich bald Ernüchterung angesichts der schleppenden Zustellung. Denn man habe, so die Klage Hermanns, in Wien die traurige Erfahrung machen müssen, „dass Correspondenzkarten, welche frühmorgens aufgegeben wurden, dem Adressaten, der oft nur eine halbe Stunde weit vom Aufgeber entfernt wohnte, erst am Tage darauf, ja manchmal sogar erst zwei Tage später zukamen“<sup>64</sup>.

### „Staatstelegraf“ und „Wiener Privat-Telegraphen-Gesellschaft“

In Wien nahm das Telegrammaufkommen sprunghaft zu, der „Staatstelegraf“ stieß an seine Grenzen. Carl Albrecht Mayrhofer, der Besitzer einer Telegrafenfabrik,

<sup>59</sup> *Die Post. Zeitschrift für Postwesen* vom 1. Februar 1868.

<sup>60</sup> DAS ÖSTERREICHISCHE POST- UND TELEGRAPHENWESEN 1868, 80–83; EBD. 1869, 51.

<sup>61</sup> H[ERRMANN], Ueber eine neue Art der Correspondenz.

<sup>62</sup> Zit. *Wiener Zeitung* vom 25. September 1869, 1.

<sup>63</sup> DIE STADTPOST IN WIEN; in: *Die Post. Zeitschrift für Postwesen* vom 20. März 1868.

<sup>64</sup> EMANUEL HERRMANN, Miniaturbilder aus dem Gebiete der Wirthschaft (Halle an der Saale 1872) 93.

bemühte sich darum, eine zusätzliche private Telegrafengesellschaft für den Wiener Raum zu gründen. Bereits im Februar 1865 hatte er ein diesbezügliches Projekt vorgestellt<sup>65</sup>. Private Stationen sollten das staatliche Telegrafennetz in der Stadt ergänzen und dessen Reichweite bis in die Vororte ausdehnen, wo Gewerbe- und Fabrikgebiete entstanden, aber auch Wohngebiete für Beamte, Angestellte und Unternehmer. Mit dem Hinweis „Time is money!“ begründete Mayrhofer den Vorzug seines bereits „allerhöchst concessionirten“ Telegrafennetzes mit der größeren Schnelligkeit. Die Stationen wollte man in der Nähe von stark frequentierten öffentlichen Anstalten und Behörden platzieren – bei Bezirksgerichten, Polizeikommissariaten, Spitälern und Markthallen – „um so unsere Drähte jeder Schichte der Bevölkerung, jedem nur immer möglichen Ereignisse dienstbar zu machen“<sup>66</sup>. Doch obwohl er bereits über eine Konzession verfügte, war der Aufbau der Firma schwierig. Seitens des „Staatstelegrafen“ kam Widerstand – „zur Wahrung der Staats-Interessen und des Monopols“, wie vermutet wurde<sup>67</sup>. Die „Wiener Privat-Telegraphen-Gesellschaft“ trat erst ins Leben, als Mayrhofer durch Karl Zelli ersetzt wurde – einen hochrangigen Beamten der Telegrafendirektion, der auf zwei Jahre beurlaubt wurde, um während dieser Zeit das neue Unternehmen zu leiten und zu beaufsichtigen. Ab Ende August 1869 bot die Lokaltelegrafengesellschaft einen privaten Telegrafendienst in und um Wien an, wofür sie in der Innenstadt 4, den Vorstädten 9 und der Umgebung der Stadt 25 Telegrafestationen betrieb. Ein Telegramm mit 20 Worten kostete nur 20 Kreuzer<sup>68</sup>. Dies war möglich durch den Einsatz von Telegrafistinnen, die geringer entlohnt wurden als ihre männlichen Kollegen beim Staatstelegrafen. Die Stationen waren von 7 bis 21 Uhr geöffnet. Zwischen 12 und 14 Uhr wurden sie jedoch geschlossen, was auf wenig Geschäftssinn verwies, zumal bei größeren Gesellschaften und Handelshäusern gerade „zum Mittagsschlusse in den Comptoirs die Post-Expedition und die Telegrafen-Correspondenz der Beförderung übergeben wird“ und auch der „Schluss der Mittagsbörse“ in diese Zeitspanne fiel<sup>69</sup>. Kritisiert wurde, dass die Stationen nicht an den Zentren des Verkehrs angesiedelt waren, sondern in versteckten Winkeln<sup>70</sup>. Es hatte den Anschein, als würde die private Gesellschaft gezielt daran gehindert, den Staatstelegrafen zu konkurrenzieren.

Das österreichisch-ungarische Telegrafennetz wuchs indes beständig, wenn es auch hinter den Netzwerken der prosperierenden Industriestaaten zurückblieb. Zudem war die Aufkommensdichte an Telegrammen regional noch sehr unterschiedlich. Von den 1871 insgesamt beförderten 6,2 Millionen Telegrammen entfielen 2,2 Millionen auf die

<sup>65</sup> C[ARL] A[LBERT] MAYRHOFER, Prospect des allerhöchst concessionirten Wiener Local-Telegraphen-Netzes (Wien 1865).

<sup>66</sup> EBD. 2, 4 f.

<sup>67</sup> F. J. WERNER, Gründungs-Mysterien oder der Wiener Local-Telegraf vom Beginne des Projectes, dessen Allerhöchste Sanctionirung und finanzielle Durchführung, sammt seinem, mit genialer Verkehrtheit eingeführten und geleiteten Betrieb (Wien 1871) 16.

<sup>68</sup> Artikel KARL ZELLI; in: Österreichische Post-Biographie XIV (Wien 1918) 5–7.

<sup>69</sup> SONIA GENSER, Von Klingelfeen, Blitzmädels und dem Fräulein vom Amt. Die Geschichte der ersten Frauen im österreichischen Telefon- und Telegrafennwesen 1869–1914, phil. Diss. (Innsbruck 2003) 26, 61.

<sup>70</sup> WERNER, Gründungs-Mysterien 26 ff.

ungarische und 4 Millionen auf die österreichische Reichshälfte. Doch auch innerhalb Österreichs schwankte die Aufkommensdichte beträchtlich. Von 2,8 Millionen aufgegebenen Privattelegrammen entfielen 868.000 auf Österreich unter der Enns, und davon wiederum 825.000 auf die Metropole Wien. Im Vergleich dazu wies das Land Krain insgesamt nur 25.000 aufgegebene Privattelegramme auf<sup>71</sup>. Trotzdem sah der k. k. Telegraphen-Inspector Hermann Militzer den Telegrafen „aus dem Cabinet des Diplomaten und dem Comptoir des Banquiers längst in die gewöhnlichen Kreise des Familienlebens herabgestiegen“<sup>72</sup>. Wenn auch die Familien nicht die vorrangigen Nutzer der Telegrafie darstellten, so hatte sich während der vergangenen Jahrzehnte doch eine Ausdehnung des Nutzerkreises vollzogen. Voraussetzung dafür waren zweifellos die seither erfolgten Tarifsenkungen. Die letzte Tarifermäßigung innerhalb des „Deutsch-Österreichischen Telegraphenvereins“ wurde allerdings gegen den Widerstand der österreichischen Vertreter beschlossen, da man in Wien mittlerweile rückläufige Erträge verzeichnete. Militzer warf jedoch die Frage auf, ob der Staat als Monopolist trotz defizitärer Entwicklung nicht eine Verpflichtung zum weiteren Ausbau des Netzwerks habe, um auch abseits gelegenen Landesteilen und ihren Einwohnern die Vorteile der Telegrafie „für die Ausnutzung rasch vorübergehender Handelsconjuncturen“ zu eröffnen<sup>73</sup>.

Mit der Zunahme des Telegrammaufkommens stiegen die Ausgaben des Staatstelegrafen, wobei die Löhne für die Beschäftigten besonders ins Gewicht fielen. Allein in Österreich unter der Enns gab es mittlerweile rund 500 Beschäftigte, während etwa in Krain nur 25 Personen für den Telegrafendienst sorgten. Dem Ansinnen, die Kapazität zu steigern ohne die Personalkosten zu erhöhen, waren bereits kombinierte Post-Telegrafestationen entsprungen, in denen Postmeister den telegrafischen Dienst nebenbei mit besorgten. Eine weitere Einsparungsmöglichkeit sah man in der Beschäftigung von Frauen, denen weniger Lohn gezahlt wurde. Diese Pläne stießen jedoch nicht nur auf Verständnis. So wandte sich ein Linzer k. k. Telegraphen-Offizial in einem böartigen Artikel dagegen, dass der Staat Frauen in den Staatstelegrafendienst aufnahm und sie somit „auf gleiche Stufe mit Männern stellt, welche diese Stellung erst nach langen Studien, Mühen und Kämpfen errungen haben“. Frauen sollten – wenn überhaupt – nur Aushilfsdienste leisten oder untergeordnete Tätigkeiten wie den „Apparatedienst an Lokallinien, das Depeschen-Expediren, verbuchen, Depeschen sortiren u.s.w.“, um männliche Telegrafisten nicht in ihrer Standesehre zu kränken<sup>74</sup>. Dennoch wurden zu Beginn der siebziger Jahre die gesetzlichen Grundlagen für die Beschäftigung von Frauen in Post- und Telegrafendiensten geschaffen – wenn auch auf unverheiratete Mädchen oder Witwen aus bürgerlichem Haus beschränkt, die über die nötige Bildung verfügten.

Da in Wien die Stationen des „Staatstelegrafen“ samt jenen der „Wiener Privat-Telegraphen-Gesellschaft“ das hohe Einkommen kaum mehr bewältigen konnten, gediehen Pläne, nach dem Vorbild von Berlin, London oder Paris eine unterirdische Rohrpostanlage,

<sup>71</sup> STATISTIK DES OESTERREICHISCHEN TELEGRAPHEN 1870 und 1871, 8 f., 39, 47.

<sup>72</sup> MILITZER, Telegraphen-Anstalten 1.

<sup>73</sup> EBD. 38 ff.

<sup>74</sup> DIE VERWENDUNG DER FRAUEN ZUM STAATS-, BEZIEHUNGSWEISE TELEGRAPHEN-DIENSTE; in: Telegraphen-Kalender für das Jahr 1872, herausgegeben von ADALBERT KÄSTNER (Wien o. J.) 41 f.

eine so genannte „pneumatische Briefpost“ oder einen „pneumatischen Telegraphen“ zu bauen. Carl Albert Mayrhofer, der Gründer der „Wiener Privat-Telegraphen-Gesellschaft“, arbeitete auch diesbezüglich ein Projekt aus und machte es 1872 publik. Mittels Luftdruck sollten Metallpatronen, die Platz boten für größere Mengen an Telegrammen, durch unterirdische Rohrleitungen transportiert werden. An der Zielstation würden die Telegramme entnommen und den Zustellboten zur Auslieferung übergeben<sup>75</sup>. Im Sommer desselben Jahres berichtete die Zeitschrift *Die Post* über die Vorteile einer Rohrpost, die Briefe im handschriftlichen Original befördern könne, was jeden Zweifel über ihre Echtheit ausschließen würde; außerdem transportiere sie die Sendungen verschlossen, wodurch – im Gegensatz zum Telegrafen – das Briefgeheimnis gewahrt bliebe. Geld, Anweisungen und Kurszettel könnten beigefügt werden, was dem Handel sehr zustatten käme. Darüber hinaus befördere der „pneumatische Telegraph“ 100 Telegramme so schnell wie ein einziges. Offen blieb die Frage, ob es einem privaten Betreiber gestattet werden sollte, ein derart lukratives Unternehmen zu führen<sup>76</sup>.

### *Größere Pressefreiheit*

In der liberalen Ära nahm auch die Presse einen Aufschwung. Das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. Dezember 1867 (R.GBl. Nr. 142/1867) hatte – diesseits der Leitha – staatsbürgerliche Grundrechte wie die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit der Presse gebracht, jenseits der Leitha hatte der Ausgleich zur Wiedereinsetzung der ungarischen Verfassung und zu einem Pressegesetz geführt, das noch weitaus liberaler war als das österreichische. Im Gefolge der Liberalisierung öffnete sich das politisch aufgewertete Parlament gegenüber der Öffentlichkeit, Politik wurde vermehrt Thema der Presseberichterstattung. Eine *Reichsratskorrespondenz* lieferte Berichte über die Beratungen an die Zeitungen; das k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau, eine 1860 in Wien gegründete amtliche Nachrichtenagentur, richtete eine eigene Parlamentsexpositur ein, von der aus sie die Zeitungen bediente. In Pest, Prag und Triest arbeiteten Filialen dieses Büros, über die die örtlichen Zeitungen – nicht immer zu ihrer Zufriedenheit – mit politischen Nachrichten aus Wien versorgt wurden. Zumindest diesbezüglich hatte die Regierung die Kontrolle über die Zeitungen in den großen Städten der Monarchie wahren können. Dies galt auch für Nachrichten aus dem Ausland, denn das Telegraphen-Korrespondenz-Bureau allein unterhielt Austauschverträge mit den großen internationalen Nachrichtenagenturen, wodurch telegrafische Neuigkeiten aus aller Welt weitgehend nur in ministeriell kontrollierter Form in die Blätter der Monarchie gelangten.

Ministeriellen Unterdrückungsversuchen zum Trotz entstand die „Parteipresse“. Den größten Anteil daran hatte Niederösterreich mit der Metropole Wien, gefolgt von Böhmen. Die politischen Parteien, die sich auf Basis des Vereinsrechts konstituierten,

<sup>75</sup> CARL ALBERT MAYRHOFFER, Ruf an den hohen Reichsrath um einen Verwaltungs-Gerichtshof mit einem kleinen Beitrag zur Geschichte der Concessionirungen unter dem Handelsminister Dr. Bahhans, mit Bezugnahme auf das Project des K. K. Priv. Pneumatischen Telegrafen für den Städtebetrieb (Wien 1873) 9.

<sup>76</sup> *Die Post. Zeitschrift für Postwesen* IX/34 vom 25. August 1872.

artikulierten sich in den ihnen nahe stehenden Zeitungen öffentlich. Die Arbeiterbewegung verfügte in Wien über einen „Arbeiter-Bildungs-Verein“ für ihren „Kampf um das allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht“. Arbeiterzeitungen mit Auflagen von wenigen tausend Exemplaren, wie sie in den Industriegebieten, vor allem in der Umgebung Wiens, erschienen, traten öffentlich für die ökonomische und politische Besserstellung des Proletariats ein<sup>77</sup>. Eine spezifische Frauenpresse engagierte sich für die Förderung der Frauenbildung, des Frauenerwerbs und die Besserung des Loses der Frauen im Allgemeinen. In Graz wurde ein katholischer „Preßverein“ mit eigener Druckerei ins Leben gerufen, der Zeitungen als Sonntagslektüre für katholische Leser herausgab<sup>78</sup>. Die Vertreter der entstehenden Parteipresse waren nicht zwangsläufig an Organisationen gebunden, verstanden sich jedoch als Verfechter des jeweiligen Gedankenguts. Das Spektrum war breit und umfasste liberale, demokratische, nationale, klerikale, feudale oder soziale Ideen. Die Parteiblätter schieden sich zudem nach Zentralisten und Föderalisten – mitunter quer durch die Lager. Während die zentralistischen Blätter – etwa das katholische Tagblatt und Hauptorgan der katholischen Zentralisten-Partei mit dem Titel *Oesterreichischer Volksfreund* – die Einheit des Staates vertraten, verfochten die Föderalisten – etwa das Hauptorgan der jungtschechischen Bewegung *Národní Listy* – eine stärkere Eigenständigkeit der Länder und Völker innerhalb der Habsburgermonarchie. Vor dem Hintergrund des Nationalitätenstreits und nationalistisch motivierter Unruhen verschärfte sich allerdings auch das Vorgehen der Regierung gegen die Zeitungen. Beschlagnahmungen und gerichtliche Verurteilungen nahmen zu – von 162 im Jahr 1870 auf 363 im Jahr 1872. Betroffen waren überwiegend föderalistische Blätter.

Als Vice-Secretär der k. k. Direction für Administrative Statistik erstellte Johann Winckler eine historisch-statistische Studie über die Entwicklung der Presse in der österreichischen Reichshälfte, die in groben Zügen die Entwicklung widerspiegelte. Demnach war die Zahl der Tages- und Wochenblätter in Österreich zwischen 1861 und 1873 von 310 auf 866 gestiegen. Wenn dies auch deutlich hinter den Werten westeuropäischer Länder lag, so merke man doch den gewaltigen Aufschwung gegenüber jener „Zeit-Epoche, wo Oesterreich unter dem Joche der Reaction seufzte“, wie es ein anderer Zeitgenosse ausdrückte<sup>79</sup>. Die meisten Zeitungen erschienen in den wenigen großen Städten: Wien vereinigte 355 Titel auf sich, gefolgt von Prag mit 100, Triest mit 48 sowie einer Reihe weiterer Städte mit einigen Dutzend bis wenigen Titeln. Die Verteilungsdichte schwankte regional stark. Unter der Enns entfiel 1872 ein Blatt durchschnittlich auf 5.500 Einwohner, in der Bukowina auf 263.000. Ungarn verfügte samt Nebenländern über 322 Zeitungen und Zeitschriften, also je eine auf 34.000 Einwohner, wovon 187 in ungarischer, 82 in deutscher und die restlichen in kroatischer, rumänischer, italienischer, serbischer, hebräischer, ruthenischer oder bulgarischer Sprache erschienen. Auch diesseits

<sup>77</sup> KLAUSJÜRGEN MIERSCH, *Die Arbeiterpresse der Jahre 1869 bis 1889 als Kampfmittel der österreichischen Sozialdemokratie (= Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich 6, Wien 1969) 38.*

<sup>78</sup> EDITH WALTER, *Österreichische Tageszeitungen der Jahrhundertwende. Ideologischer Anspruch und ökonomische Erfordernisse (Wien – Köln – Weimar 1994) 78.*

<sup>79</sup> *Die Post. Zeitschrift für Postwesen* vom 20. Oktober 1872.

der Leitha traten zu den nach wie vor dominierenden deutschsprachigen Blättern immer mehr anderssprachige hinzu, und allmählich erschlossen die Zeitungen auch die Provinz. Neben dem althergebrachten Kalender und dem Kolportage-Roman bot vor allem das billige *Localnotizen-Blatt* mit seinen lokal gefärbten Berichten der ländlichen Leserschaft geistige Nahrung. Dieserart Blätter waren zwar oft nur „schwache Lämpchen, deren bescheidenes Licht die Finsternis mitunter erst recht erkennen lässt, die über manchen Ort noch ihren Mantel breitet“, dennoch waren sie Vorreiter „der allgemeinen Bildung, die den Gesichtskreis ihrer Leser erweitern, und ihnen ein vielleicht schwaches und unklares, aber doch ein Bewusstsein von den Dingen der Aussenwelt beibringen“<sup>80</sup>.

Ganz im Gegensatz dazu beschäftigten sich städtische Zeitungen angesichts des vor sich gehenden Wirtschaftsaufschwungs immer intensiver mit volkswirtschaftlichen Themen: dem Eisenbahn-, Dampfschiff- oder Postwesen, dem Genossenschafts- oder Versicherungswesen, der Immobilienspekulation, oder aber dem Aktien-, Börsen- und Finanzwesen. Die Presse sorgte „für die Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse unter den Massen“<sup>81</sup>. Die *Neue Freie Presse* war das bedeutendste Tagblatt des liberalen deutschsprachigen Bürgertums. Sie unterstützte den Wirtschaftsliberalismus und bekämpfte den Feudalismus, das Konkordat, aber auch den Sozialismus. Ihrer jüdischen Redakteure wegen zog sie antisemitische Angriffe – vor allem von katholischer Seite – auf sich<sup>82</sup>. 1873 verzeichnete sie eine Auflage von 35.000 Exemplaren. Ein Zehntel davon ging ins Ausland, rund die Hälfte an Leser in Wien und Umgebung, der Rest in kleinen Prozentsätzen an Abnehmer in die Länder der Monarchie. Der Preis eines Jahresabonnements betrug 18 Gulden. Inhaltlich bot sie einen breiten Bogen von Innen- und Außenpolitik, über Kunst und Kultur, Reisebriefe, Original-Korrespondenzen und Telegramme bis hin zum offiziellen Kursblatt der Wiener Börse. Blätter wie die *Neue Freie Presse* spielten nicht nur eine wichtige Rolle in der öffentlichen Debatte, sondern erhielten als Großunternehmen auch volkswirtschaftliche Bedeutung. Honorare, Gehälter und Löhne für hunderte ständige Mitarbeiter der *Neuen Freien Presse* schlugen sich jährlich mit rund 300.000 Gulden zu Buche, das Druckpapier mit 500.000 Gulden, der Druck selbst mit rund 120.000 Gulden. 252.000 Gulden wurden jährlich an den Staat abgeliefert – für Steuern, Versand und Gebühren<sup>83</sup>. Als bedeutendes Wirtschaftsunternehmen ging so manches Blatt selbst in den Besitz von Aktiengesellschaften über, die über Papierfabriken, Druckereien und diverse Konzessionen verfügten – die *Neue Freie Presse* in den der „Österreichischen Journal

<sup>80</sup> WINCKLER, *Periodische Presse* 182.

<sup>81</sup> EBD. 187.

<sup>82</sup> PETRONILLA EHRENPREIS, Die „reichsweite“ Presse; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VIII/2: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Die Presse als Faktor der politischen Mobilisierung* (Wien 2006) 1733–1753; MARIANNE LUNZER, *Parteien und Parteienpresse im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der österreichischen Parteien und ihrer Presse*; in: FRANZ IVAN, HELMUT W. LANG, HEINZ PÜRER (Hgg.), *200 Jahre Tageszeitung in Österreich 1783–1983. Festschrift und Ausstellungskatalog* (Wien 1983) 109 f.

<sup>83</sup> WINCKLER, *Periodische Presse* 138 f.

AG<sup>84</sup>. Die Folge dieser Verschiebungen in den Eigentumsverhältnissen war, dass manche Blätter ihre Leser gezielt zu Aktienkäufen und Börsenspekulationen im Sinne ihrer Aktionäre zu verleiten suchten. Der ungarische Zeitgenosse Mór (Maurus) Jókai konstatierte in seinen „Reisebriefen“, dass die von den Wiener Journalen kalkulierten Abonnementpreise deutlich unter den Herstellungskosten lägen, um möglichst große Reichweite zu erzielen. Die Kostendifferenz werde über Reklame für Börsenbeteiligungen hereingebracht<sup>85</sup>. Ein derartiger Skandal entzündete sich an der Ausgabe der so genannten „Türkenlose“ zur Finanzierung einer Eisenbahn von Konstantinopel (*Istanbul*) nach Agram (Zagreb, *Zágráb*; *Zagreb*). Aufgelegt wurden die Lose von der „Anglobank“, die in der Folge eine breite Werbekampagne in den redaktionellen Teilen mancher Zeitungen startete. 75 Zeitungen erhielten als Gegenleistung „Empfehlungsgelder“ von je 25.000 Gulden, darunter die *Neue Freie Presse*<sup>86</sup>.

*„Mit Sittensprüchen baut man keine Eisenbahn“*

Die Börsenspekulation fand im Eisenbahnbau ein fruchtbares Feld. Neue Linien versprachen sichere Gewinne, Anleger wurden durch hohe Renditen angelockt, Bahnprojekte um ein Vielfaches überzeichnet. In wirtschaftsliberalen Kreisen warnte man bereits vor der „Mißwirtschaft“ bestimmter Privatbahnen, die mehr den Aktionärsinteressen als der Öffentlichkeit dienten; man mahnte die Behörden, von ihrem Kontrollrecht Gebrauch zu machen und die Bahnen in ihrer Finanzgebarung genauer zu überwachen, und man sah manche Strecke „in einem Zustand, der ohne Uebertreibung als lebensgefährlich bezeichnet werden kann“<sup>87</sup>. Eine Skandalserie um die Lemberg–Czernowitz–Jassy-Bahn – deren Generaldirektor Viktor Ofenheim von Pontouxin der Ausspruch „Mit Sittensprüchen baut man keine Eisenbahn“ nachgesagt wurde – führte 1872 sogar dazu, dass die Privatbahn unter staatliche Aufsicht gestellt wurde; die *Allgemeine Eisenbahn- & Bank-Zeitung* sah in diesem Schritt „den ersten Meilenstein auf dem Weg zur Umwandlung der Privatbahnen in Staatsbahnen“<sup>88</sup>.

Unabhängig davon, ob von privater oder staatlicher Seite betrieben, kam dem Eisenbahnbau in den Jahren der Hochkonjunktur eine zentrale Bedeutung zu, er kurbelte die Eisen- und Stahlproduktion an, den Kohlebergbau, den Maschinenbau und die Holzwirtschaft. Er überzog Österreich und Ungarn mit einem weitläufigen Schienennetz, das entlegene Industrie- und Agrargebiete an die Metropolen Wien und Budapest anschloss, Arbeitskräfte hin- und herzutransportieren erlaubte und die Verbindung zu internatio-

<sup>84</sup> EDITH WALTER, Ökonomische Bedingungen der Wiener Presse um 1900; in: SIGURD PAUL SCHEICHL, WOLFGANG DUCHKOWITSCH (Hgg.), *Zeitungen im Wiener Fin de Siècle* (= Eine Veröffentlichung der Österreichischen Forschungsgemeinschaft, Wien – München 1997) 76.

<sup>85</sup> MAURUS JÓKAI'S REISEBRIEFE VON PEST NACH BERLIN, 18. Februar bis 4. März 1874 (Berlin 1874) 12.

<sup>86</sup> WALTER, *Österreichische Tageszeitungen* 152.

<sup>87</sup> DER STAAT UND DIE EISENBAHN; in: *Schweitzer'sche Allgemeine Eisenbahn- & Bank-Zeitung* III/18 vom 5. Mai 1872, 1; STAATS- ODER PRIVATBAHNEN; in: *Ebd.* III/40 vom 6. Oktober 1872, 1.

<sup>88</sup> DIE ERSTE SEQUESTRATION; in: *Ebd.* III/41 vom 13. Oktober 1872, 1.

nenal Handelswegen herstellte. In der österreichischen Reichshälfte verband die neue Kaiser-Franz-Josephs-Bahn die Hauptstadt Wien mit den Kohlerevieren in Nordböhmen und dem Pilsener Becken; die Nordwestbahn stellte über deutsche Bahnen die Verbindung zu den Ost- und Nordseehäfen her; durch die Kronprinz-Rudolf-Bahn wurde das Industriegebiet des Wiener Beckens mit den Montangebieten in der Steiermark und in Kärnten verbunden. Die Bahnen in Industrieregionen waren staatlicherseits verpflichtet worden, zur Beförderung von Arbeitern eine billige 4. Wagenklasse (Stehwagen) einzuführen; auf der Kronprinz-Rudolf-Bahn oder der Kaschau-Oderberg-Bahn, die Oberungarn mit dem schlesischen Industrie- und Kohlerevier verband, umfasste die Passagierzahl in dieser Klasse die Hälfte des gesamten Passagieraufkommens und mehr.

Das Eisenbahnnetz wuchs rasant: Zwischen dem Beginn der Hochkonjunkturphase 1867 bis Ende 1873 dehnte es sich in der österreichischen Reichshälfte auf 8.500 Kilometer aus<sup>89</sup>, in der ungarischen – unter staatlicher Planung und Finanzierung – auf 6.000 Kilometer<sup>90</sup>. Kritik wurde am Bahnbetrieb hinsichtlich der hohen Fahrpreise laut. Am Beispiel der dritten Wagenklasse – die in Österreich immerhin zwei Drittel der Bahnreisenden umfasste<sup>91</sup> – besprach die Zeitschrift *Die Post* die im Vergleich zu Deutschland beträchtlich höheren Fahrpreise österreichischer Bahnen. Die überhöhten Preise wurden mit staatlichen Zinsgarantien wie mit Interessen der Bahngesellschaften begründet, „schnelle und glänzende Resultate für die Actionäre“ zu erbringen, liefen aber dem Gedanken, die Reiselust mit niedrigen Tarifen zu fördern, zuwider<sup>92</sup>. In Ungarn, wo die Eisenbahnen ein vergleichsweise dünn besiedeltes, agrarisch bewirtschaftetes Land durchzogen und vor allem dem Transport von Landwirtschaftsprodukten dienten, war der Personenverkehr auf den Bahnlinien zwar ohnehin bescheiden, doch trugen auch dort die hohen Fahrpreise ihren Teil dazu bei, dass die Passagierzahlen stagnierten, während das Schienennetz wuchs. Ein weiterer Kritikpunkt sowohl in Österreich als auch in Ungarn waren die von Bahn zu Bahn unterschiedlichen Tarifsätze, Nebengebühren und Fahrpreisermäßigungen. Die Ermäßigungen bezogen sich auf Ausflugsfahrten an Sonn- und Feiertagen, auf Vereinsfahrten oder auf saisonale Abonnementkarten für Sommergäste in und um Wien; auch ermäßigte Monatskarten, etwa für Schüler, wurden eingeführt. Der Versuch, der gewinnorientierten Tarifpolitik diverser privater Bahngesellschaften von staatlicher Seite aus „im Interesse des Handels, der Industrie und Landwirtschaft“ gesetzliche Maximaltarife entgegenzusetzen, fruchtete wenig. Der Zustand des Tarifwesens blieb ein „chaotischer“<sup>93</sup>. Es bestanden unterschiedliche Tarife bei verschiedenen Bahngesellschaften und mitunter unterschieden sich die Tarifsätze verschiedener Bahnlinien ein und derselben Gesellschaft. Es gab so viele Tarife für den Personen-, Gepäck-, Eilgüter-,

<sup>89</sup> STATISTISCHES JAHRBUCH DER ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MONARCHIE für das Jahr 1873, herausgegeben von der k. k. Statistischen Central-Commission (Wien 1876) 2.

<sup>90</sup> KLENNER, Eisenbahn und Politik 183.

<sup>91</sup> STATISTISCHES JAHRBUCH DER ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MONARCHIE für das Jahr 1872, herausgegeben von der k. k. Statistischen Central-Commission (Wien 1874) 2.

<sup>92</sup> DAS ROWLAND HILL-SYSTEM UND SEINE ANWENDUNG AUF DEN PERSONENTRANSPORT DER EISENBAHNEN; in: *Die Post. Zeitschrift für Postwesen* vom 4. August 1872.

<sup>93</sup> LEON RITTER VON BILIŃSKI, Die Eisenbahn-Tarife (Wien 1875) 36.

Frachtgüter- und Militärverkehr, dass sie nicht mehr in Plakat-, sondern in Buchform gedruckt wurden.

Die Fülle an Tarifen und Zugverbindungen machte umfangreiche monatliche Ausgaben an Kursbüchern notwendig, führte aber zumindest dazu, dass die Darstellung der Fahrpläne allmählich in einheitlicher, übersichtlicher Weise gestaltet wurde. Allerdings konnten sich die Bahngesellschaften nicht auf einen gemeinsamen Termin für den Beginn der Sommer- und Winterfahrordnung einigen, so dass mitunter in ein und demselben Kursbuch die Fahrplanperioden nicht übereinstimmten. Die Kursbücher umfassten auch Dampfschiff- und Kutschenverbindungen. Der mit der Briefpost kombinierte Personentransport der staatlichen „Malle-, Personen- & Eil-Post-Course“ und die Kurse der privaten Stellwagenunternehmer – die „Messagerien“ und die für eine große Zahl an Fahrgästen gebauten „Omnibusse“ – waren nach wie vor unverzichtbar für die Abdeckung der Räume zwischen den Eisenbahnlinien. Im *Post-Cours-Buch von Österreich-Ungarn* fanden sich im Anschluss an 316 monarchieweite und internationale Eisenbahn-routen und 87 Dampferkurse auf der Donau, dem Mittelmeer und einigen Alpenseen immerhin 328 „Malleposten, Eilfahrten, Personenfahrten und Packposten“, die regulär Personen beförderten. Billig waren die Postkutschenfahrten nicht, je nach Kronland und Strecke wurden zwischen 30 und 65 Kreuzer pro Meile berechnet – etwa das Doppelte bis Dreifache dessen, was eine Meile per Eisenbahn in der dritten Klasse kostete; dazu kamen noch die Vorspanngebühren und Rittgelder, fuhr man außerplanmäßig per „Extrapost“<sup>94</sup>. Erschwinglicher waren Fahrten mit den von Privatunternehmern betriebenen Pferdekutschen. Sie fanden sich vor allem in Sommerfrischegebieten wie dem Salzkammergut, Südtirol und der Region um Baden. Im Gegensatz zu den poetischen Beschreibungen der Kutschenreisen in Zeitschriften und Büchern empfand mancher Sommergast das Reisen in den antiquierten Pferdekutschen jedoch als notwendiges Übel, dem der Ausbau des Eisenbahnverkehrs hoffentlich bald ein Ende bereiten werde<sup>95</sup>. Viele Orte und Gemeinden setzten hinsichtlich des Fremdenverkehrs auf die Eisenbahn, um den Fremdenverkehr zu steigern. So berichtete *Die Post* mit Begeisterung von einem Verkehrsprojekt im Salzkammergut, das neue Sommergäste anlocken sollte. Finanziert von einem „Consortium österreichischer Banken und Capitalisten mit einem Kostenaufwand von an fl 6.000.000“, sollten kleine Lokalbahnen, Dampfschiffkurse auf den Seen, eine Bergbahn und große Hotels errichtet und miteinander „in Correspondenz“ gesetzt werden. Der bereits bestehende Zustrom an Gästen aus aller Welt und Wien – dank der Kaiserin-Elisabeth-Bahn seien „Ischl, Gmunden und [...] Salzburg, fast Vorstädte von Wien“ – sollte noch weiter erhöht und im ganzen Salzkammergut verteilt werden. Der Artikel schloss mit dem Bedauern darüber, dass der Plan nicht früher realisiert worden sei, um „zu Nutz und Frommen des herrlichen Landes“ von den Millionen Besuchern zu profitieren, die man in Bälde zur Weltausstellung in Wien erwarte<sup>96</sup>.

<sup>94</sup> POST-COURS-BUCH VON OESTERREICH-UNGARN. I. Abtheilung. Juni 1873, herausgegeben vom Post-Cours-Bureau des k. k. Handels-Ministeriums (Wien 1873) IV–VII, XXXVI–XLIV, XLV–LIX, 267–348.

<sup>95</sup> FERDINAND HUTZ, Eine Reise durch Kärnten im Jahr 1867. Ein Dokument zum Beginn des Fremdenverkehrs; in: *Carinthia* I 173 (1983) 432, 439, 441.

<sup>96</sup> VON DER GRENZE DES SALZKAMMERGUTES; in: *Die Post. Zeitschrift für Postwesen* vom 14. April 1872.

### 3. Kommunikation und Medien für den Massenbedarf

#### *Medien auf der Wiener Weltausstellung*

Im Mai 1873 wurde die Weltausstellung eröffnet, die die Leistungen und das Wissen der Nationen in den Bereichen Industrie, Maschinen, Landwirtschaft und Kunst versammeln und Reisende nach Wien sowie in die österreichischen Fremdenverkehrsorte locken sollte. Man erwartete 20 Millionen Besucher und eine Aufwertung Wiens als Börse- und Handelsplatz<sup>97</sup>. In der Nähe der Bahnhöfe und auf der Ringstraße entstanden Hotels, die auf zahlungskräftige Kundschaft hofften. Das Hotel Wimberger bot sogar „20 eigene Omnibusse [...] zu allen Zügen auf die Bahnhöfe“ an<sup>98</sup>. Die Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft richtete zusätzlich zu den bereits verkehrenden Eilschifflinien Passau–Wien und Budapest–Wien für die Zeit der Weltausstellung einen Linienverkehr auf dem Donaukanal ein. Zahlreiche gedruckte Stadtpläne und Reiseführer erschienen, die den Gästen Auskunft über die Straßen, Gebäude und Institutionen der Stadt geben sollten, eigene Weltausstellungszeitungen berichteten von dem Großereignis.

Die *Neue Freie Presse* produzierte in einem Ausstellungspavillon als Beilage zum Hauptblatt die *Internationale Ausstellungs-Zeitung*, die vor den Augen der Besucher gesetzt, gedruckt und expediert wurde. Die Druckmaschine bedruckte das Papier direkt von einer Endlospapierrolle, beide Seiten gleichzeitig, und zwar 4.000 Bogen pro Stunde. Ludwig Lott, Leiter der Druckerei der *Neuen Freien Presse*, war voll des Lobes über die modernen Druckmaschinen, die den Zeitungsdruck ins industrielle Zeitalter führten. Was den Druck von Endlospapierrollen betraf, merkte er im „Officiellen Ausstellungs-Bericht“ zudem an, dass Alois Auer bereits 1858 ein dahingehendes Patent erwirkt hatte, doch hätten es die heimischen Maschinenfabriken versäumt, „die grossen Ideen Auer’s auszuführen und Oesterreich den Ruhm nicht nur für das Erfinden des Druckens von der Rolle zu wahren, sondern ihm auch noch den Fortschritt zuzugesellen“<sup>99</sup>. Infolgedessen seien diese Entwicklungen von ausländischen Unternehmen übernommen worden.

Der Fotograf Josef Löwy schrieb im „Officiellen Ausstellungs-Bericht“ über die Fotografie, die auf der Ausstellung auch schon als leistungsfähiges Massenmedium präsentiert wurde – wenn auch mit nationalen Schwerpunkten. Während sich Deutschland hauptsächlich auf „die Reproduktionen von Gemälden und Zeichnungen“ verlegt habe, Frankreich auf die Anbindung verschiedener Druckverfahren und Italien auf „die grossartigen Bauten und Denkmäler alter Kunst, sowie die herrlichen Landschaften“, dominiere in Österreich noch immer das Porträtfach<sup>100</sup>. Darüber hinaus wurden den Käufern aber auch Abzüge von Landschaftsaufnahmen oder von Baudenkmalern angeboten. Die Land-

<sup>97</sup> ELKE KRASNY, Auf Spurensuche in der Landschaft des Wissens. Die Wiener Weltausstellung von 1873 im Kulturleben der Gegenwart; in: WELT AUSSTELLEN. SCHAUPLATZ WIEN 1873. Ausstellungskatalog, herausgegeben vom Technischen Museum Wien (Wien 2005) 61; ULRIKE FELBER, Wien wird Weltstadt; in: EBD. 88.

<sup>98</sup> EBD. 89.

<sup>99</sup> LUDWIG LOTT, Buchdruck; in: OFFICIELLER AUSSTELLUNGS-BERICHT 1873. Gruppe XII, Section 1, herausgegeben von der General-Direction der Weltausstellung (Wien 1874) 5 f., 43.

<sup>100</sup> JOSEF LÖWY, Photographie; in: EBD. Gruppe XII, Section 4, 26.

schaftsfotografie, so hieß es, beschränke sich nicht mehr auf „Ansichten des vielbereisten Salzkammergutes“; durch die vielen „Bahnbauten“ und die „Architekturschöpfungen in Wien“ habe sie bedeutende neue Impulse erhalten. Löwy selbst präsentierte Aufnahmen von der Nordwest-Bahn und der Carlstadt–Fiumaner Strecke sowie Kirchenansichten. Ein Salzburger Fotograf zeigte „das herrliche Gebirgspanorama“ seines Landes, Fotografen aus Pest präsentierten „Karpathenlandschaften“ und „gelungene Aufnahmen von Fabriken“; aus Siebenbürgen waren „Scenen aus dem Siebenbürgener Dorfleben“ zu sehen. Des Weiteren waren Aufnahmen von einer Polarexpedition ausgestellt, Aufnahmen aus China und Japan, Tier- und Pflanzenaufnahmen, Mikroskopfotografien sowie fotografische Reproduktionen von Gemälden. Die Welt wurde für ein wachsendes, wenngleich nach wie vor gehobenes Publikum in Bildern verfügbar.

Ähnliches galt für den Gemälgedruck: Die lithographische Abteilung der Weltausstellung zeigte, dass sich zum Kunstdruck zunehmend die auf modernen, dampfgetriebenen Schnellpressen hergestellten, lithographischen Massenartikel gesellten. Conrad Grefe, Mitinhaber einer lithographischen Druckanstalt, hob im *Officiellen Ausstellungs-Bericht* vor allem die eindruckliche Chromolithographie hervor, die, anders als Kupferstich und Fotografie, neben Licht und Schatten auch Farben wiedergeben könne, „ja selbst die Eigenthümlichkeiten der Pinselführung und das Impasto des Farbenauftrages“ von Gemälden. Aquarelle würden auf diese Weise gedruckt, zunehmend aber auch Ölgemälde moderner und klassischer Meister. Rund ein Drittel der in Europa hergestellten „Öldruckbilder“ würden, so Grefe weiter, nach Nordamerika exportiert, ein großer Teil davon freilich seien bloße „Möbelbilder“, also Drucke von unbedeutenden Originalen, die als billige Zimmerdekoration „bis in die letzte Farm des fernen Westens“ gingen. Englands Industrie genieße dabei den „immensen Vortheil, von einem unermesslichen, fest organisirten Welthandel getragen zu werden“. Frankreich gestand Grefe eine dominierende Stellung in der Verwendung der Lithografie „für technische und industrielle Zwecke“ zu. Dem Deutschen Reich bescheinigte er gediegene Handwerkskunst<sup>101</sup>. Bei der heimischen Produktion hob er vorrangig Wiener Erzeugnisse hervor, obgleich auch Unternehmen aus Prag, Brünn, Reichenberg (Liberec; *Liberec*), Troppau (Opawa; *Opava*) oder Linz sowie ungarische Betriebe mit ihren Werken vertreten waren. In großen Aquarellimitationen waren die „deutschen Alpen“, „Egypten“ oder die „Balearen“ zu sehen, in Ölgemälde-reproduktionen etwa Tizians „Madonna mit den Kirchen“ in Originalgröße aus der kaiserlichen Galerie im Belvedere. Allen Lithographieanstalten ging es laut Grefe vorrangig darum, „die bedeutendsten oder doch mindestens sehr vorzüglichen Werke moderner oder classischer Meister“<sup>102</sup> einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Darüber hinaus bot die Ausstellung ein breites Spektrum an Druckgraphik, von elitären bis populären Produkten: mittelalterliche Handschriften mit prachtvollen Initialen und Miniaturen, illustrierte Witzblätter, ein „Weltausstellungs-Album“, Eisenbahn-Fahrpläne, periodische Druckschriften, Wiener Wegweiser in deutscher, französischer und englischer Sprache, illustrierte Kataloge, Lese-, Lehr- und Sprachbücher sowie Kinder- und Jugendschriften.

<sup>101</sup> CONRAD GREFE, Lithografie und Chromographie; in: EBD. Gruppe XII und XXV, c., Section 4, 11, 13 ff.

<sup>102</sup> EBD. 18.

Einen prominenten Platz hatten die beiden Hoflithografien und Buchdruckereien Engel & Sohn und Zamarski für ihre in Glaskästen auf der Galerie der Rotunde ausgestellten Aktien und Wertpapiere bekommen. Diese Vitrinen erinnerten den Besucher jedoch bald an „verfallene Grabdenkmäler“<sup>103</sup>, als das überhitzte Wiener Börsengeschäft am 9. Mai 1873 einen „Krach“ erlebte. Mit einem Schlag verloren die Papiere ihren Wert und viele Kleinanleger ihr Vermögen. Im Zuge der folgenden Wirtschaftskrise brachen Banken zusammen und Fabriken wurden geschlossen. Neben anderen Gewerben erfuhr auch das Druck- und das graphische Gewerbe einen Rückschlag, nicht zuletzt dadurch, dass zahlreiche Spekulationsblätter vom Zeitungsmarkt verschwanden.

### *Rohrpost und Telefon*

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise im Gefolge des Börsenkrachs machten sich im Laufe des Jahres 1874 kurzfristig in sinkenden Telegrammzahlen und verminderten Betriebseinnahmen der Telegrafien in Österreich und Ungarn bemerkbar. Trotzdem wurden in Wien die Weichen für den Bau einer pneumatischen Rohrpost gestellt, um die Bedingungen des innerstädtischen Telegrammverkehrs zu verbessern<sup>104</sup>. Ein dem Parlament vorgelegter „Motivenbericht“ wies aus, dass die Zahl der Telegramme, die in Wien und den Vorstädten zuzustellen waren, jährlich bereits eine Million betrug und weiter stieg, während die Zustellung „bei der raschen Ausdehnung der Vorstädte von Tag zu Tag schwieriger und zeitraubender“ werde. Langfristig könne eine Beschleunigung des telegrafischen Verkehrs nur durch den Bau einer Rohrpostanlage ermöglicht werden, die für eine jährliche Beförderung von rund 6 Millionen Telegrammen ausgelegt sei<sup>105</sup>. Das Projekt wurde im Parlament behandelt – jedoch nicht als Privatunternehmen, wie es Carl Albert Mayrhofer plante und noch im Dezember 1873 in einer publizistischen Attacke gegen das Handelsministerium erstreiten wollte<sup>106</sup>, sondern in Form einer staatlichen Anstalt. Als solche wurde die Rohrpost dann auch errichtet. Die Zentrale der Rohrpostanlage entstand in der neuen k. k. Telegrafenzentrale am Börseplatz, die neun Filialstationen wurden aus Einsparungsgründen soweit als möglich in bestehenden Post- und Telegrafienämtern der Inneren Stadt untergebracht. Am 1. März 1875 ging die staatseigene Rohrpostanlage mit einem Leitungsnetz von rund 14 Kilometern Länge in Betrieb. Mit Ausnahme der Station in der provisorischen Börse, die nur während des Börsenverkehrs geöffnet war, standen die Stationen von 8 bis 21 Uhr für das Publikum offen. Anfang Juli 1876 legte der Leiter des technischen Telegrafienbureaus, Hermann Militzer, dem Reichsrat einen Leistungsbericht über die Rohrpost vor. Er resümierte darin, dass die zuvor in der Wiener Presse immer wieder geäußerte Kritik an der mangelhaften Telegrammzustellung inzwischen „wiederholten spontanen Ausdrücken der Anerkennung über die gegenwärtig

<sup>103</sup> LOTT, Buchdruck 24 f.

<sup>104</sup> HERMANN MILITZER, Beilage zum Staatsvoranschlage für den Etat des Handelsministeriums für das Jahr 1877 betreffend die Entstehung, die Herstellung und den Betrieb des pneumatischen Röhrennetzes in Wien (Wien 1876) 1 ff.

<sup>105</sup> *Wiener Zeitung* vom 21. Jänner 1874.

<sup>106</sup> MAYRHOFER, Ruf an den hohen Reichsrath 30.

erlangte Präzision des Telegraphendienstes“ gewichen“ sei<sup>107</sup>. Zur besseren Auslastung der Anlage wurden neben Telegrammen auch Briefe befördert, um 20 Kreuzer je Stück, unabhängig von der Wortzahl; der Preis war hoch – ein „loco“-Brief mit 15 Gramm kostete im Vergleich dazu drei Kreuzer<sup>108</sup>. Doch die Beförderungsgeschwindigkeit rechnete sich offenbar. Der Geschäftsmann konnte den Rohrpostbrief in einen der roten Briefkästen einwerfen, die von Boten der pneumatischen Stationen alle 20 Minuten entleert wurden. Die „pneumatischen Züge“ – so die geläufige Bezeichnung für eine Kette aus zehn Rohrpostbuchsen mit jeweils 20 bis 25 Briefen oder Telegrammen – wurden in Intervallen von einer viertel bis einer halben Stunde verschickt. In den folgenden Jahren wuchs die Menge an pneumatisch beförderten Nachrichten stetig an und das Rohrpostnetz wurde bis in die Vorstädte ausgebaut.

1877 drang durch eine Titelgeschichte in *Scientific America* die Kunde von einer neuen Technik über den Ozean, die den telegrafischen Nachrichtenverkehr noch weiter zu entlasten versprach: vom Telefon. Im Sommer 1880 berichteten Zeitungen, dass die „geniale Erfindung des Professors Graham Bell“ in Nordamerika zur Serienreife gelangt sei und in Großstädten Verbreitung finde. Abschließend wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, Österreich werde dieser internationalen Entwicklung nicht nachhinken: „In Wien ist offenbar für eine Telephon-Central-Anstalt ein dankbarer Boden vorhanden; dieselbe müsste gewiss prosperieren, wenn jeder Gründungsschwindel ferngehalten wird, wenn man das Unternehmen billig inscenirt und seine Benützung dem Publicum leicht und wohlfeil macht.“<sup>109</sup> Die „Wiener Privat-Telegraphen-Gesellschaft“ hatte bereits um eine Konzession für ein lokales Telefonnetz in Wien angesucht, doch ließ die Bewilligung auf sich warten. Erst nachdem mit 1. Mai 1881 in Budapest das private Telefonnetz der Brüder Ferenc und Tivadar Puskás für 50 Abonnenten in Betrieb gegangen war<sup>110</sup>, wurde am 3. Juni 1881 auch seitens des österreichischen Handelsministers Felix Pino von Friedenthal eine Konzession zur Herstellung und zum Betrieb von Telefonleitungen im Raum Wien erlassen. Ende Oktober erschien in verschiedenen Wiener Zeitungen eine Liste mit den ersten 154 angemeldeten Telefon-Abonnenten. Es waren dies zumeist Industrielle, Bankiers und Journalisten. Einer der Abonnenten war der mit dem Bau der Telefonzentrale beauftragte Otto Schäffler. Seine für 500 Anschlüsse konzipierte Zentrale wurde am 1. Dezember eröffnet, musste aber bald um weitere 100 Anschlüsse erweitert werden. Die Wiener Börse erhielt eine hauseigene Zentrale, die über 50 Leitungen mit der Telefonzentrale verbunden war. Die Geschäftsleute konnten mit einer Sprechkarte zum Preis von 20 Kreuzern fünf Minuten lang telefonieren. Im *Neuen Wiener Tagblatt* wurde jedoch berichtet, dass manche Banken es ablehnten, telefonische „Ordres“ ent-

<sup>107</sup> MILITZER, Beilage 5.

<sup>108</sup> RÜDIGER WÜRTH, Der Brief in Vergangenheit und Gegenwart Österreichs als zeitgeschichtliches Dokument – Historische Vorgänge postalisch belegt (= Österreichisches Jahrbuch für Postgeschichte und Philatelie 2, Wien 1979) 73.

<sup>109</sup> DAS TELEPHON ALS GEHILFE DES TELEGRAPHEN; in: *Oesterreichische Eisenbahn-Zeitung* vom 22. August 1880.

<sup>110</sup> TELEFÓNIA MÚZEUM BUDAPEST (Hg.), A lármafától a világhálóig/From the alarm pole to the world net. Ausstellungskatalog (Budapest 2000) 7 f.

gegenzunehmen, um Missbräuche zu verhindern, „während die Ordres per Telegraph, an welche man sich bereits gewöhnt hat, ohne weiteres akzeptiert werden“<sup>111</sup>.

Eine private Londoner Firma erhielt Konzessionen zur Errichtung weiterer städtischer Lokalnetze in Graz, Prag, Triest, Lemberg (Lwów, L'viv; *L'viv*), Bielitz-Biala (Bílsko, Bielsko; *Bielsko-Biala*), Czernowitz (Černivci, Cernăuți; *Cernăuți*), Pilsen (Plzeň; *Plzeň*) und Reichenberg. Die Regierung behielt sich im Zuge der Konzessionsverleihung jedoch das Recht vor, die Lokalnetze zu gegebener Zeit in Staatsbesitz zu übernehmen. Die „Wiener Privat-Telegraphen-Gesellschaft“ errichtete ein Lokalnetz in Brünn. Die Tramway-Unternehmer Ludwig Philipp Schmidt und Ludwig Weiss nahmen ein Lokalnetz für Linz und Urfahr in Betrieb. In der österreichischen Reichshälfte existierten bald elf private Netze mit insgesamt 2.450 Anschlüssen. Die staatliche Post begann, die Lokalnetze zu einem überregionalen Netzwerk zu verbinden<sup>112</sup>. Im Wiener Telegrafengebäude wurde eine „interurbane Staatstelephonzentrale“ eingerichtet sowie eine Fernleitung zwischen den Stadtnetzen von Wien und Brünn für behördliche und geschäftliche Zwecke. Man beabsichtigte weiters, durch Telefonleitungen kleine, abseits gelegene Postämter, die keine Telegrafiermöglichkeit hatten, an das Staatstelegrafennetz anzubinden. So entstanden an verschiedenen Orten kleine Lokalnetze mit Telefonanschlüssen in Post- und Telegrafenamtern, Büros, Banken und Hotels. Als „Fortsetzung des Staatstelegraphen“ sollten sie in erster Linie Geschäftsleuten zur mündlichen Aufgabe von Telegrammen, so genannten „Phonogrammen“, dienen. Die meisten dieser Lokalnetze entstanden in Böhmen und Niederösterreich, etwa in Ortschaften entlang der Südbahn wie Baden, Vöslau, Wiener Neustadt und der noblen Sommerfrische Reichenau an der Rax<sup>113</sup>. Zwei neue Schutzhütten auf der Rax und am Schneeberg waren ebenfalls mit Telefonanschluss zum nächsten Postamt im Tal ausgestattet.

Auch in Ungarn entstanden im Laufe der achtziger Jahre mehrere private städtische Lokalnetze. Die Abonnenten waren auch dort zumeist Geschäftsleute, die in ihren Büros Apparate installieren ließen, um telefonisch Telegramme aufgeben zu können. Handelsminister Gábor Baross leitete zahlreiche Reformen ein, ließ kombinierte Post- und Telegrafenamter einführen, das Telegrafennetz ausbauen und rechtliche Maßnahmen ergreifen, um dem ungarischen Staat das Telefonwesen künftig als Monopolbetrieb zu sichern. Wie in Österreich lag auch in Ungarn das staatliche Interesse an der Ausdehnung der Telefonnetze darin begründet, größere Gemeinden ohne Telegrafendienst telefonisch zumindest mit dem nächstgelegenen Post- und Telegrafenamte zu verbinden. Nach der Verbindung Wien–Prag 1889 wurde 1890 auch zwischen Wien und Budapest

<sup>111</sup> Zit. CHRISTINE KAINZ, 100 Jahre Telephonie in Österreich. Geschichte und Geschichten; in: 100 JAHRE TELEPHONIE IN ÖSTERREICH, herausgegeben von der österreichischen Verkehrswerbung Ges. m. b. H. im Auftrag der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung (Wien 1981) 17; vgl. JOSEF WANKA, Das Telegraphen- und Telephonwesen in Oesterreich. Nebst Berücksichtigung des Telegraphen- und Telephonwesens in Deutschland und dem weiteren Auslande (Wien 1896).

<sup>112</sup> JULIA RETSCHITZEGGER, Die Verstaatlichung des österreichischen Telephonwesens. Ein Beitrag zur organisatorischen Entwicklung eines großen technischen Systems in den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, Diplomarbeit (Wien 2004) 64 f., 69, 73 ff.

<sup>113</sup> STATISTIK DES ÖSTERREICHISCHEN POST- UND TELEGRAPHENWESENS im Jahre 1888 (Wien 1889) 330 f.; *Oesterreichische Verkehrs-Zeitung* vom 1. März 1893.

eine interurbane Telefonverbindung zur Entlastung des zunehmenden Telegrammverkehrs hergestellt. Sie führte von Wien über Bruck an der Leitha, das Brucker Kavallerielager, Raab (Győr; *Győr*) und Komorn (Komárom, Komárno; *Komárom/Komárno*) nach Budapest. Fernlinien wie diese waren vor allem für Geschäftsleute geschätzte Alternativen zur Telegrafie. Denn die Telegrafeneleitungen waren oft überlastet und die Erledigung bürokratischer Formalitäten so zeitraubend, dass der Absender in Wien die Antwort auf eine Anfrage nach Budapest nicht selten erst nach einem halben Tag in Händen hielt. Das Telefon eröffnete eine direkte Verbindung. Über die Möglichkeit hinaus, ein Gespräch bei der Vermittlungszentrale anzumelden, gab es die Option, angerufen zu werden, selbst wenn man über keinen privaten Telefonanschluss verfügte. Gingen derartige Gesprächsanmeldungen bei der Telefonzentrale ein, wurden die gewünschten Gesprächspartner durch Boten verständigt, zu einer bestimmten Zeit die öffentliche Sprechstelle aufzusuchen, um den Anruf zu erwarten. Ein „gewöhnliches“ Gespräch zwischen Wien und Budapest kostete einen Gulden, ein „dringliches“ drei. Bezahlt wurde mit vorgeprägten „Sprechkarten“, die am Postamtsschalter erhältlich waren. Die Sprechdauer war begrenzt: tagsüber zwischen 7 und 21 Uhr auf eine, nachts auf drei Minuten. An manchen Wochentagen war die Leitung stundenweise für den Austausch von Kursen und Nachrichten zwischen den Börseämtern in Wien und Budapest reserviert – eine Einschränkung, die Anfang 1892 aufgehoben wurde.

In Österreich nahm der Staat die Telefonie in seinen Besitz. 1893 gingen zehn der elf Privatnetze gegen eine Ablöse in Staatseigentum über. Es folgte die Übernahme des größten privaten Lokalnetzes, das der „Wiener Privat-Telegraphen-Gesellschaft“, das mittlerweile über immerhin 8.000 Abonnenten verfügte<sup>114</sup>. Bereits zwei Jahre zuvor hatte sich ein besorgter Aktionär in einer publizierten Broschüre für eine Verstaatlichung ausgesprochen. Dem Wiener Publikum, so der Verfasser, wäre eine Verstaatlichung das Liebste, im öffentlichen Interesse wäre es das Rationellste und für Aktionäre wie ihn wäre es „nicht die unvortheilhafteste Wendung“<sup>115</sup>. Seitens der Abonnenten waren seit geraumer Zeit Klagen bezüglich Störungen und Schwierigkeiten des Telefonbetriebes zu vernehmen. Es gab Vorwürfe an die Gesellschaft, technisch schlecht und teuer, ja sogar ausbeuterisch zu arbeiten. Für 4 Millionen Gulden übernahm der Staat das Netz der „Wiener Privat-Telegraphen-Gesellschaft“ samt Personal und Material<sup>116</sup>. Ab 1. Jänner 1895 befanden sich somit alle österreichischen Telefonnetze im Staatsbesitz. Gegen Jahresende waren dies 143 Stadtnetze, von denen die meisten keine 100 Anschlüsse aufwiesen; Telefonnetze mit mehreren hundert Teilnehmern waren in großen Städten wie Triest, Graz, Brünn oder Lemberg in Betrieb, solche mit über tausend nur in Prag mit 1.600 und in Wien mit 8.300 Teilnehmern. Die überwältigende Mehrheit der vermittelten Gespräche stellten nach wie vor Ortsgespräche dar. Von insgesamt 63,5 Millionen entfielen fast 62 Millionen auf die Stadtnetze, den Rest bildeten telefonisch übermittelte Telegramme

<sup>114</sup> RESCHITZEGGER, Verstaatlichung 100 ff.

<sup>115</sup> DAS WIENER TELEPHON-NETZ DER WIENER PRIVAT-TELEGRAPHEN-GESELLSCHAFT. Mahnruf eines Actionärs aus Anlass der jüngst beschlossenen Capitalvermehrung (Wien 1891) 16.

<sup>116</sup> WANKA, Telegraphen- und Telephonwesen 23 f. Anm. 3.

und Ferngespräche<sup>117</sup>. Ähnliches galt für Ungarn, wo die meisten Telefonnetze nur 100 bis 200 Anschlüsse aufwiesen. Einzig Budapest verfügte mit rund 3.400 Abonnenten-„Sprechstationen“ über ein großes Netzwerk, in dem in besagtem Jahr knapp 19,5 Millionen Telefongespräche geführt wurden. Dabei handelte es sich jedoch ebenfalls noch fast ausschließlich um Ortsgespräche. Ganze 76.400 Verbindungen wurden zwischen den Metropolen Wien und Budapest – vor allem für Börsezwecke – hergestellt<sup>118</sup>.

### *Massenbeförderung und Staatsbahnsystem*

Eine ähnliche Entwicklung wie im Post- und Fernsprechwesen vollzog sich bei den Eisenbahnen, die nun zu einem großen Teil als „Staatsbahnen“ firmierten. Das „Staatsbahnsystem“ umfasste Bahnen, die sich im Besitz des Staates befanden und entweder staatlich oder privat betrieben wurden, sowie Privatbahnen, die auf Rechnung des Staates fuhren. In Österreich entfiel 1895 die Hälfte des 16.000 Kilometer umfassenden Schienennetzes auf die „Staatsbahnen“, in Ungarn waren es vier Fünftel eines 14.000 Kilometer-Netzes<sup>119</sup>. Vom Staatseinfluss wurde erwartet, dass gemeinwirtschaftliche Ziele in den Vordergrund traten: Die „Raison des Staatsbahnsystems“ liege darin, „daß der Staat eher als eine Privatunternehmung von dem augenblicklichen Gewinn absehen und sich nach dauernden Gesichtspunkten einrichten“ könne. Während eine Aktiengesellschaft immer die Dividende ihrer Aktionäre im Blickfeld habe, könne der Staat „höhere Zwecke als maßgebend anerkennen und gelegentlich einen Versuch unternehmen, selbst wenn der finanzielle Erfolg nicht im voraus gesichert wäre“<sup>120</sup>. Darüber hinaus verlangte das gleichermaßen vielfältige wie zersplitterte Eisenbahnwesen seit langem nach organisatorischen Reformen, die auf eine Vereinheitlichung des fundamentalen Netzwerks abzielten. Das Eisenbahnwesen wurde dafür 1896 aus dem cisleithanischen Handelsministerium ausgegliedert und in ein eigenes Eisenbahnministerium verlagert, das den Auftrag hatte, ihm eine seiner „hohen volkswirtschaftlichen und militärischen Bedeutung entsprechende“ Stellung innerhalb der Staatsverwaltung zu geben<sup>121</sup>.

Eine zentrale Bedeutung kam dem Eisenbahnnetz für die Beförderung von Postgut zu, das seinerseits immer größere volkswirtschaftliche Bedeutung erhielt. Tag für Tag waren tausende Züge für den Transport der steigenden Mengen an Postgut im Einsatz. In fahrenden Bahnpostämtern, die in speziellen Waggons untergebracht waren, wurde

<sup>117</sup> STATISTIK DES ÖSTERREICHISCHEN POST- UND TELEGRAPHENWESENS im Jahre 1895 (Wien 1896) 280–309.

<sup>118</sup> UNGARISCHES STATISTISCHES JAHRBUCH, N. F. III (1895) (Budapest 1896) 286 ff.; ZSUZSA FRISNYÁK, Die Telegrafie; in: PETER CSENDES, ANDRÁS SIPOS (Hgg.), Budapest und Wien. Technischer Fortschritt und urbaner Aufschwung im 19. Jahrhundert (= Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte 40, Budapest – Wien 2003) 189 f.

<sup>119</sup> HEINRICH RITTER VON WITTEK, Oesterreichs Eisenbahnen und die Staatswirthschaft; in: HERMANN STRACH (Red.), Geschichte der Eisenbahnen der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie VII (Reprint Wien 2000) 5; MATLEKOVITS, Ungarn II 667.

<sup>120</sup> A[MBRUS] NEMÉNYI, Die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Ungarn (Leipzig 1890) 159.

<sup>121</sup> ALFRED FREIHERR VON BUSCHMAN, Geschichte der Verwaltung der österreichischen Eisenbahnen; in: STRACH (Red.), Geschichte der Eisenbahnen XIV, 81.

während der Fahrt sortiert. Einer Schätzung zufolge wurden auf wichtigen Strecken wie Wien–Prag, Wien–Triest und Wien–Bregenz bei jeder Fahrt rund 20.000 Briefpostsendungen bearbeitet<sup>122</sup>. Das Spektrum war breit: „Briefe und Postkarten, Rubriken von Hunderten und aberhunderten Ansichtskarten, Circularien und Anzeigen jeder Art [...] Warenproben und Muster, [...] ganze Stöße von Zeitungen [...] Postanweisungen [...] in Tausenden und Abertausenden Exemplaren vorkommende(n) Zeitschriften-, Kalender-Sendungen ‚zur Ansicht‘, Handelscircularien, Preiscurante und dergleichen“, des weiteren die „nicht eiligen Drucksachen“, die den grössten Theil des heute zum Ballast der Briefpost gewordenen, nach hunderten Millionen zählenden ‚Drucksachenverkehrs‘ ausmachen.“<sup>123</sup> Der Postverkehr umfasste 1896 in Österreich-Ungarn 1,3 Milliarden Briefe und Korrespondenzkarten, Zeitungen, Warenproben und Drucksachen. Davon entfielen auf die westliche Reichshälfte an die 741 Millionen Briefe und Karten, 100 Millionen Zeitungen und knapp 105 Millionen Warenproben und Drucksachen; in der östlichen Reichshälfte waren es an die 222 Millionen Briefe und Karten, rund 94 Millionen Zeitungen und knapp 35 Millionen Warenproben und Drucksachen<sup>124</sup>. Einen wachsenden Anteil am Postaufkommen machten Bücher, Journale und Musikalien aus den europäischen Staaten und Amerika aus<sup>125</sup>. Die wachsende Zahl an Postsendungen, die die Eisenbahn entlang der Haupttrouten beförderte, ließ in Orten mit Bahnstationen die Zahl an Postkursen steigen. In den großen Städten waren es zumeist einspännige „Cariolwägen“, die Briefe und Pakete zwischen den Postämtern und Bahnhöfen beförderten. Auf dem Land wuchs die Zahl der Botenwagen wie auch die der Fußboten. In den Landgemeinden Österreichs waren zusätzlich Landbriefträger eingesetzt, die ein umfangreiches Sortiment an postalischen Wertzeichen, Formularen, Kuverts und Stempel mit sich führten, die Landbevölkerung betreuten und auch die Briefsammelkästen regelmäßig entleerten. Die Versorgungsdichte war aber nach wie vor sehr unterschiedlich; so entfiel die Hälfte der insgesamt 7.000 Briefkästen, die es mittlerweile in ländlichen Regionen gab, auf Böhmen und Niederösterreich, 600 entfielen auf die Landgemeinden in Tirol und Vorarlberg, auf Galizien nicht mehr als sieben<sup>126</sup>. Mit den anwachsenden Brief- und Zeitungsmengen sowie dem zunehmenden Geldanweisungs-, Scheck- und Postspardienst stieg im Übrigen der administrative Arbeitsaufwand in den kleinen, nicht-staatlichen Landpostämtern. Klagen wurden laut, wonach ein Arbeitspensum zu bewältigen sei wie bei Staatspostämtern, ohne jede Besserstellung in Gehalts- und Rechtsverhältnissen<sup>127</sup>.

Auch der Eisenbahnsektor musste sich dem Trend zum Massenbetrieb anpassen. In Erkenntnis der „volkswirtschaftlichen Bedeutung“ der Eisenbahnen und „im Interesse

<sup>122</sup> DIE RÜCKWIRKUNG DER FAHRENDEN POSTÄMTER AUF VERKEHR UND VOLKSWIRTSCHAFT; in: *Die Post. Zeitschrift für Postwesen* vom 15. November 1890.

<sup>123</sup> STATISTIK DES ÖSTERREICHISCHEN POST- UND TELEGRAPHENWESENS 1896 (Wien 1897) 11; HANS VON HELLRIGL (Hg.), *Die ersten fünfzig Jahre der österreichischen Bahnposten* (Wien 1900) 66 f., 74 ff., 78 f., 82 ff., 93.

<sup>124</sup> STATISTIK DES ÖSTERREICHISCHEN POST- UND TELEGRAPHENWESENS 1896, 324 f.

<sup>125</sup> *Die Post. Zeitschrift für Postwesen* vom 21. Juni 1893.

<sup>126</sup> STATISTIK DES ÖSTERREICHISCHEN POST- UND TELEGRAPHENWESENS 1887 (Wien 1888) 6; EBD. 1896, 6.

<sup>127</sup> *Die Post. Zeitschrift für Postwesen* vom 22. Februar 1890, vom 20. Mai 1893, vom 5. Juni 1893.

der Hebung des Reiseverkehrs“ erfolgten Tarifsenkungen im Personentransport. Im Sommer 1896 kostete eine Fahrkarte von Wien nach Budapest in der ersten Klasse rund zehn und in der zweiten Klasse rund sieben Gulden und damit um etwa vier Gulden weniger als zwanzig Jahre zuvor; in der dritten Klasse zahlte man für die Fahrkarte mit vier Gulden um drei Gulden weniger. Nach den Worten eines Vertreters der österreichischen Staatsbahnen war das vorrangige Ziel der Preissenkung, „die wenigst bemittelten Classen der Bevölkerung, welche die III. Classe benützen, in erster Linie zu begünstigen [...] und damit der socialen Forderung, die an den Personen-Tarif gestellt wird, gerecht zu werden“<sup>128</sup>. Auf die dritte Klasse entfielen in Österreich 90 % aller Passagiere, die die Eisenbahn vorwiegend im Umfeld der Städte nutzten. Wochentags waren es vor allem Pendler – Angestellte, Arbeiter und Schüler –, aber auch Bauern aus dem Umland, die in die Stadt kamen, um ihre Produkte auf den Märkten zu verkaufen. An Sonn- und Feiertagen, an denen „Sonder-Vergnügungszüge“ mit verbilligten Billets angeboten wurden, wurde die Eisenbahn hauptsächlich für kurze Ausflugsfahrten genutzt. Für Arbeiter und Arbeiterinnen boten derlei Bahnpartien eine leidlich leistbare Gelegenheit, Erholung in der freien Natur zu finden. Größere Ausflüge mit der Eisenbahn, die von Wien bis zum Semmering, nach Brünn oder gar Salzburg führten, konnte man sich allenfalls als Mitglied im Touristen-Verein der „Naturfreunde“ leisten, der Sonderzüge organisierte.

Infolge einer Tarifreform sanken auch bei den ungarischen Staatsbahnen die Fahrtkosten in den drei Zugklassen. Die Verbilligung von Fernverbindungen erleichterte unter anderem die Arbeitsmigration nach Budapest: „Abgesehen von den Slovaken Nordungarns, welche zu Tausenden in der Hauptstadt Beschäftigung suchen und hier finden, kommen um Arbeit auch immer mehr Szekler herauf, die über 700 Kilometer weit wohnen und früher in Rumänien ihren Lebensunterhalt gesucht hätten.“<sup>129</sup> Wenn sich der Eisenbahnverkehr in Ungarn im internationalen Vergleich auch noch schwach ausnahm, so beeindruckte er doch die Zeitgenossen in Budapest. In den vier Bahnhöfen der Stadt, schilderte ein Beobachter nicht ohne Stolz, waren die „vollgepfropften Bahnzüge zu sehen, welche tagtäglich in die Bahnhöfe der ungarischen Staatseisenbahnen einfahren“. Sogar der große Westbahnhof wurde zu eng für die vielen tausend Reisenden aus allen Himmelsrichtungen: „Es ist eine förmliche Menschenfluth, die sich bei Ankunft und Abfahrt der Züge um die Bahnhöfe staut.“<sup>130</sup>

Im Jahr 1896 wurden in Österreich-Ungarn mehr als 166 Millionen Passagiere und 140 Millionen Tonnen Güter und Gepäck befördert<sup>131</sup>. Auf der Grundlage von 480 überregionalen und lokalen Bahnstrecken verzeichnete der Sommerfahrplan des Jahres 1896 für fast jeden Tag rund 4.000 Fahrten von Personenzügen innerhalb der Monarchie –

<sup>128</sup> THEODOR ENGLISH, Personen-Tarife; in: STRACH (Red.), Geschichte der Eisenbahnen X, 147–155.

<sup>129</sup> LUDWIG JELLINEK, Tarifwesen; in: EBD. XII, 79 f.; DIE ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHE MONARCHIE IN WORT UND BILD. Auf Anregung und unter Mitwirkung seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit des durchlauchtigsten Kronprinzen Erzherzog Rudolf XII: Ungarn III (Wien 1893) 493 f.

<sup>130</sup> EBD.; UNGARISCHES STATISTISCHES JAHRBUCH 1895, 250, Tabelle 30.

<sup>131</sup> BUSCHMAN, Verwaltung 117–127.

Hofzüge, Sonderzüge und der Wiener Lokalverkehr nicht mitgerechnet<sup>132</sup>. In abseits gelegenen Gebieten wurden vermehrt Lokalbahnen – „Vicinalbahnen“ – gebaut. Staatlich begünstigt, von privaten Investoren errichtet und von den Ländern finanziert, sollten sie den Anschluss an die Hauptlinien nach Wien und Budapest herstellen, „neues Leben im entlegenen Gebirgsthal“ schaffen und jenes an den „Weltverkehr“ anschließen<sup>133</sup>. In den Kronländern zog der Lokalbahnbau auch einen verstärkten Ausbau der Bezirks- und Gemeindestraßen nach sich, „auf denen sich die Weiterbeförderung der Güter von den Bahnhöfen zu den Bestimmungsorten rasch, billig und leicht bewerkstelligen“ ließ<sup>134</sup>. In Ungarn, wo das Straßennetz vergleichsweise langsam wuchs, nahm der Lokalbahnbau einen weitaus größeren Aufschwung als in Österreich<sup>135</sup>. Da die Lokalbahnen auch Passagiere beförderten, verlor der Postkutschenverkehr, der sich in ländlichen Gegenden noch gehalten hatte, für den Personentransport weiter an Bedeutung. Mehrsitzige Kutschen für „Eil- und Mallefahrten“ kursierten meist nur noch während der Sommersaison an manchen Orten; in Nieder- und Oberösterreich, Krain und Mähren wurden sie 1896 völlig aufgegeben. Ein Kursbuch aus diesem Jahr wies für alle Kronländer insgesamt nur mehr 65 fahrplanmäßige Personenkurse aus, für Ungarn und Bosnien-Herzegowina 14; viele dieser Fahrten begannen oder endeten beim lokalen Bahnhof.

Mit dem Ausbau der Eisenbahnen ging auch die Zunahme des Fremdenverkehrs einher. Sondertarife in Form ermäßigter Familien-, Abonnement- und Rückfahrkarten, Saison- und Ferienkarten, individuell kombinierbarer Rundreisebillets oder international gültiger Fahrscheinhefte samt Hotelcoupons sollten die Reiselust breiter Bevölkerungsschichten anregen. Entlang der Bahnrouen hatten sich Fremdenverkehrsgebiete entwickelt, die wohlhabenden Reisenden – wie im Falle der „k. k. privilegierten Südbahn-Gesellschaft“ – bahneigene Hotels bieten konnten<sup>136</sup>. Der österreichische Staat zeigte ebenfalls Interesse am Fremdenverkehr, der angesichts der verschlechterten Handelsbilanz gezielt gefördert werden sollte. Das neue Eisenbahnministerium hatte unter anderem Maßnahmen zur Hebung des Fremdenverkehrs zu treffen<sup>137</sup>. Neben kleinen Subventionen und verbilligten Ausflugszügen veranlasste man die Herausgabe illustrierter Fahrpläne und Plakate sowie deren Verbreitung im In- und Ausland. Der

<sup>132</sup> COURS-BUCH. EISENBAHN-, POST- & DAMPFSCHEIFF-COURSE IN ÖSTERREICH-UNGARN, redigiert im Post-Cours-Bureau des k. k. Handels-Ministeriums (Wien 1896) IV–VII, 2 f., 36–226,

<sup>133</sup> P[ETER] F[RIEDRICH] KUPKA, Das Localbahnwesen in Oesterreich; in: STRACH (Red.), Geschichte der Eisenbahnen VI, 47.

<sup>134</sup> ALFRED BIRK, Die Entwicklung des Strassen- und Locomotiv-Eisenbahnwesens in Österreich (Wien 1899) 4.

<sup>135</sup> ALEXANDER RITTER VON DOBIECKI, Das Localbahnwesen in Ungarn; in: STRACH (Red.), Geschichte der Eisenbahnen XII, 192–210; vgl. *Oesterreichische Eisenbahn-Zeitung* vom 10. Jänner 1899.

<sup>136</sup> Vgl. DÉsirÉE VASKO-JUHÁSZ, Die Südbahn. Ihre Kurorte und Hotels (= Semmering Architektur 1, Wien 2006) 66–240.

<sup>137</sup> Vgl. PAUL MECHTLER, Die staatliche Förderung des Fremdenverkehrs in Österreich bis zur Errichtung eines Ministeriums für öffentl. Arbeiten im Jahre 1908; in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 7 (1954) 256–267; ANDREA PENZ, Inseln der Seligen. Fremdenverkehr in Österreich und Irland von 1900 bis 1938 (= Wirtschafts- und sozialhistorische Studien 13, Köln – Weimar – Wien 2005) 89–99, 231–280.

Ausbau der touristischen Infrastruktur lag noch in den Händen der Gemeinden, der Landesverbände und privater Organisationen wie dem „Deutsch-Österreichischen Alpenverein“, der die deutschen und österreichischen Alpen mit einem Wegenetz und zahlreichen Schutzhütten überzogen hatte und für seine betuchten Mitglieder Sonderzüge organisierte<sup>138</sup>. Infolge des Lokalbahnausbaus wuchs in den Kronländern rund um die renommierten Fremdenverkehrsregionen mit ihren Grandhotels die Zahl jener Orte, die auch für weniger Wohlhabende erschwinglich waren. Die „Sommerfrische“ war nicht mehr allein das Privileg des Adels und Großbürgertums. Viele Beamten- und Angestelltenfamilien verreisten einmal im Jahr, um für mehrere Wochen im Sommer die stickige Großstadt hinter sich zu lassen<sup>139</sup>. Auch in Ungarn war die „Sommerfrische“ bei wohlhabenden Stadtfamilien üblich geworden, führte allerdings zum Leidwesen einheimischer Touristenvereine bevorzugt in ausländische Kurorte<sup>140</sup>. Die ungarischen Fremdenverkehrsaktivitäten konzentrierten sich auf die blühende Metropole Budapest – die „emporstrebende, in amerikanischen Dimensionen wachsende Hauptstadt“<sup>141</sup> – sowie, in bescheidenem Ausmaß, auf die Bergwelt der Tatra, erreichbar durch die Bahnlinie Kaschau–Oderberg. Hier bemühten sich der „Ungarische Karpathenverein“ und diverse Touristenklubs um den Gebirgstourismus<sup>142</sup>, den Ausbau von Sommerfrischen, die Errichtung von Aussichtstürmen und Straßen. In den Fremdenverkehrsregionen mehrten sich die Ausflugsmöglichkeiten, die man mit den Lokalbahnen – oder auf ausgebauten Straßen mit den neumodischen „Bicycles“ – bequem erreichte; beschilderte Spazier- und Wanderwege führten zu Panoramaterrassen und Aussichtswarten mit „Restaurationen“. Mancherorts gab es elektrisch betriebene Schmalspurbahnen oder Kleinbahnen, die zu hoch gelegenen Aussichtspunkten führten. Spektakuläre Attraktionen waren die wenigen Zahnradbahnen auf steile Bergspitzen wie die Schneebergbahn in Niederösterreich, „die in Verbindung mit der Südbahn binnen drei Stunden und um drei Gulden den Wiener vom Stephansplatz mitten in die wahrhaftige Hochgebirgswelt versetzt“<sup>143</sup>, oder im Salzkammergut die Zahnradbahn auf den Schafberg. Der touristische Komfort wurde in illustrierten *Fremden-Zeitungen* und durch Reklameinserate von Kuranstalten und Hotels in Landeszeitungen weithin beworben.

<sup>138</sup> HERBERT AICHHORN, Die Entwicklung des Alpenvereins von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg unter Berücksichtigung des Alpinismus in Europa, Diplomarbeit aus Geschichte (Wien 1996) 59–111; RAINER AMSTÄDTER, Der Alpinismus. Kultur, Organisation, Politik (Wien 1996).

<sup>139</sup> PENZ, Inseln der Seligen 50 f., 140–158, 186–215.

<sup>140</sup> ALEXANDER MÜNNICH, Felsöbánja; in: Jahrbuch des ungarischen Karpathen-Vereines 23 (1896) 66–80.

<sup>141</sup> EDMUND STEINACKER, Budapest (= Europäische Wanderbilder 84, 85, 86, Zürich 1894) 3.

<sup>142</sup> THEODOR POSEWITZ, Die Geschichte des ungarischen Karpathen-Vereines seit seinem Bestande; in: Jahrbuch des ungarischen Karpathen-Vereines 21 (1894) 1–123; ALEXANDER MÜNNICH, Unsere Turistik; in: EBD. 22 (1895) 1–16.

<sup>143</sup> EIN RÜCKBLICK AUF 1897; in: *Oesterreichische Eisenbahn-Zeitung* vom 20. Dezember 1897.

*Bilderreisen und Reisebilder: Vom Kaiserpanorama zum „Knipser“*

Während immer mehr Orte und Landstriche durch das stetig anwachsende Verkehrsnetz erschlossen wurden, holten sich gut situierte Städter Bilder aus der Ferne ins Haus. Die Wiener Fotofirma Moll bot den Projektionsapparat „Scioptikon“ zum stolzen Preis von 54 Gulden an und warb mit den neuesten Glas-Dias: „[...] darstellend (in mehr als 1000 Nummern) Ansichten und Moment-Aufnahmen allerjüngster Zeit, von Wien, Schönbrunn, Laxenburg, Semmering, Steiermark, Salzkammergut, Tirol, Ungarn, Italien etc.“ Die Aufnahmen waren auch als „prachtvolle Glasstereoskope“ zu haben, die einen dreidimensionalen Eindruck des Motivs vermittelten – das Stück zum Preis von 2 Gulden<sup>144</sup>. Populärer, weil billiger, waren die runden hölzernen Guckkästen der so genannten „Kaiserpanoramen“, die von wandernden Schaustellern in Großstadt-varietés und Provinzgasthöfen aufgestellt wurden und gegen geringes Entgelt aktuelle, kolorierte Bilder boten. Hinter kleinen Sichtfenstern zogen die Stereofotografien auf Glas vorüber, die den ringsum sitzenden Betrachtern ein dreidimensionales Bilderlebnis vermittelten. Vorgeführt wurden Bilder ferner Landschaften und Städte, aber auch von Feiern im Kaiserhaus oder von durch Naturkatastrophen verwüsteten Orten. Zum dominierenden Unternehmer in Österreich stieg der von Berlin aus agierende, ehemalige Wanderschausteller August Fuhrmann auf. Er gründete im gesamten deutschsprachigen Raum ortsfeste Filialen, bestückte diese mit wöchentlich wechselnden Fotoserien – wobei Landschafts- und Städtemotive aus Österreich-Ungarn überwogen – und bewarb sein Panorama als ein „ideales Volksbildungsmittel“. In Österreich etablierten sich „Kaiserpanoramen“ zuerst in Wien, dann in Graz, Linz und Wiener Neustadt<sup>145</sup>.

Dem „Kaiserpanorama“ erwuchs jedoch Konkurrenz in den „lebenden Photographien“, die sich allmählich verbreiteten und dem Kino den Weg bereiteten. In großen Vergnügungstätten wie dem Wiener Prater gab es den „Elektrischen Schnellseher“ des Fotografen Ottomar Anschütz zu sehen. Er ließ eine Serie fotografischer Momentaufnahmen, die am äußeren Rand einer Glasscheibe angebracht waren, rotieren und verwandelte sie so zu einem Bewegungsbild: Pferde begannen zu galoppieren, Soldaten zu marschieren. Das „Kinetoskop“ des Amerikaners Thomas Alva Edison war ein Schapparat, der auf kurzen Filmstreifen kleine, von Schauspielern dargestellte Geschichten präsentierte. Im Sommer 1895 konnte man sich in einem „Kinetoskop“ im Wiener Prater über eine „Bar Room Scene“ amüsieren<sup>146</sup>. In der Folge entstand im Prater eine Kinetoskopenhalle mit fünf Apparaten. Da aber jeder Apparat nur von einem Betrachter genutzt werden konnte, war die kommerzielle Verwertbarkeit begrenzt. Angeregt durch den Erfolg des „Kinetoskop“ entwickelten Auguste und Louis Lumière, die Söhne eines Lyoner Fotogerätefabrikanten, einen Apparat zur Aufnahme und Projektion von Filmstreifen

<sup>144</sup> PHOTOGRAPHISCHE NOTIZEN. Monatliche Berichte über die neuesten Erfahrungen und Fortschritte im Gebiete der Photographie XXX/359–360 (November/Dezember 1894) 183.

<sup>145</sup> DORIS RAUSCHGATT, Kaiserpanorama. Die Institutionalisierung massenmedialer Produktion und Rezeption stereoskopischer Fotografien im 19. Jahrhundert, Diplomarbeit (Wien 1994) 44–63, 53, 100–122, 145–213.

<sup>146</sup> ERNST KIENINGER, DORIS RAUSCHGATT, Die Mobilisierung des Blicks. Eine Ausstellungsgeschichte zur Vor- und Frühgeschichte des Kinos (Wien 1995) 76 f., 82 f.

vor einem größeren Publikum. Nach ersten öffentlichen Vorführungen in einem Pariser Lokal folgten Vorführungen in verschiedenen europäischen Städten, unter anderem in Wien. Vor geladenen Gästen und in Anwesenheit der Presse wurden Filmstreifen gezeigt – Straßenszenen, Meereswellen oder die Einfahrt eines Zuges in einen Bahnhof. Es waren naturgemäß Bewegungsmotive, die benutzt wurden, um die besonderen Qualitäten des neuen Mediums zur Geltung zu bringen. Vorgeführt wurde der „Cinématographe“ in Wien von Eugène-Joachim Dupont, einem Mitarbeiter der Lumières, der den Apparat danach auch in Budapest, Prag und Krakau (Kraków; *Kraków*) präsentierte<sup>147</sup>. Unter dem Konkurrenzdruck zwischen verschiedenen Herstellern erfuhr die Kinematographie eine rasche Verbreitung. Im Sommer 1896 waren Vertreter von Thomas Alva Edison in Wien, die dessen „Vitascope“ vorführten. Zur selben Zeit erfolgten auch Vorführungen mit dem Apparat von Georges Demeny und Léon Gaumont. Louis Veltée, der am Kohlmarkt das renommierte „Stadt-Panoptikum“ betrieb, erwarb einen Projektionsapparat von Demeny und begann seinerseits mit Vorführungen<sup>148</sup>. Neben den ortsfesten Lokalen existierten noch Wanderunternehmen, die durchs Land zogen und das schaulustige Publikum in kleineren Städten bedienten. Der Wanderschausteller Charles Crassé veranstaltete die ersten kinematographischen Vorführungen in der Steiermark – im großen Saal des Leobener Hotels „Zur Post“ und danach im Saal des Grazer Restaurants „Zum wilden Mann“. Seine Vorführreise führte ihn auch nach Marburg (Maribor; *Maribor*), Cilli (Celje; *Celje*) und Laibach, weiter nach Klagenfurt ins Hotel „Sandwirt“ und nach Villach ins Gasthaus „Zur Stadt Triest“.

Hatte das Kino die Zuschauer zunächst alleine dadurch begeistert, dass es laufende Bilder bot, so waren es bald die Inhalte, die das zahlende Publikum anzogen – darunter altbekannte Motive nackter Frauen, derer sich schon die Fotografie bediente und die in „sittlicher“ Hinsicht Anstoß erregten. Das Kino geriet dadurch in den Strudel einer öffentlichen Debatte um die Unterbindung von „Schmutz und Schund“, die auch hinsichtlich einschlägiger Druckschriften geführt wurde. Als Schaustellerei war das Kino den dafür geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterworfen. Laut § 516 des Strafgesetzes drohte für gröbliche Verletzung der Sittlichkeit „durch bildliche Darstellung“<sup>149</sup> Arrest. Der Wanderkino-Schausteller Johann Bläser etwa, der auf einem großen Volksfest in Salzburg, danach in Wels und schließlich auf dem Marktplatz in Steyr gastierte, wurde vom Stadtpfarrer angeklagt, er würde unsittliche Bilder vorführen. Nach

<sup>147</sup> SRDAN KNEŽEVIĆ, Lebende Photographien kommen. Die Anfänge der Kinematographie auf dem Gebiet des Kaisertums Österreich (1896–1897) (= Schriftenreihe des Österreichischen Filmarchivs 34, Wien 1997) 8 ff.; WALTER FRITZ, Im Kino erlebe ich die Welt. 100 Jahre Kino und Film in Österreich (Wien – München 1997) 13–19; JOHN CUNNINGHAM, Hungarian Cinema. From Coffee House to Multiplex (London 2004) 6.

<sup>148</sup> MARKUS NEPF, Die ersten Filmpioniere in Österreich. Die Aufbauarbeit von Anton Kolm, Louise Veltée/Kolm/Fleck und Jakob Fleck bis zu Beginn des Ersten Weltkriegs; in: FRANCESCO BONO, PAOLO CANEPPELE, GÜNTER KRENN (Hgg.), Elektrische Schatten. Beiträge zur Österreichischen Stummfilmgeschichte (Wien 1999) 12.

<sup>149</sup> Zit. PAOLO CANEPPELE, Beschnittene Schaulust. Entstehung und Entwicklung der Filmzensur in Österreich. Ein Abriss (1900–1938); in: Medien & Zeit. Kommunikation in Vergangenheit und Gegenwart 2 (2001) 22.

vorgenommenem Lokalaugenschein wurde er jedoch wegen unzureichenden Tatbestands freigesprochen<sup>150</sup>. Ein Erlass der Niederösterreichischen Statthalterei institutionalisierte die Kontrolle des „Cinematographen“. Es ging dabei sowohl um die Betriebssicherheit des Apparats als auch um die Zulässigkeit des Inhalts. Konkret hieß es: „Vor Beginn der Schaustellung selbst hat der Unternehmer vor dem behördlichen Organ eine Probe mit dem Apparat abzuhalten, wobei bezüglich der Bilder auch der sitten-polizeiliche Standpunkt zu wahren kommt, dementsprechend Bilder, welche den öffentlichen Anstand zu verletzen geeignet wären, auszuschalten sind.“<sup>151</sup>

Zur selben Zeit verbreitete sich auch die Amateurfotografie. Touristen und Ausflügler nahmen Fotoapparate auf ihre Reisen mit und fotografierten – von den Kunstfotografen herablassend „Knipser“ genannt – der persönlichen Erinnerung wegen<sup>152</sup>. Dabei setzte man sich und seine Mitreisenden mit ins Landschaftsbild, um später dokumentieren zu können, tatsächlich dort gewesen zu sein. Verwendet wurden kleine, einfach zu bedienende „Detektivkameras“, „Handcameras“, „Moment-Apparate“ oder „Geheimcameras“, die Schnappschüsse erlaubten<sup>153</sup>. Die geringe Größe dieser Kameras empfahl sie besonders für Bergwanderungen: „Den Touristen zumal scheint der Taschenapparat neuestens ganz unentbehrlich zu sein. Man sieht selten einen Bergkraxler, der nicht außer Rucksack, Wettermantel und Eispickel auch noch den Apparat am Riemen schleppte.“<sup>154</sup> Die handlichen Kleinkameras waren auch auf Fahrradausflügen dabei. Die Wiener Fotofirma Lechner empfahl als „vornehmes Weihnachtsgeschenk“ für alle Reiselustigen flach zusammenklappbare Taschen-Kameras, „in Rock-, Sattel-, Fahrrad- oder Handtasche bequem unterzubringen“<sup>155</sup>. Für Stativaufnahmen konnte die Kamera mittels einer speziellen Vorrichtung auf der Lenkstange des Fahrrades festgeschraubt werden. Die Verbreitung des Fotografierens unter Radtouristen führte dazu, dass die Radfahrerverbände die Hotels aufforderten, neben Fahrradabstellräumen auch Dunkelkammern für die Fotoentwicklung einzurichten. Da aber sowohl Fahrrad als auch Kamera zu den kostspieligen Dingen des Freizeitvergnügens gehörten, fanden sich auch unter den Radtouristen zumeist nur Angehörige gut situierter bürgerlicher Kreise. Die mit Trockenplatten bestückten Kleinkameras kosteten mit kompletter Ausstattung, einschließlich „feinster Rindsledertasche zum Umhängen oder zum Einschnallen in das Fahrradgestell“, 200 Gulden; ein Preis, der der Luxusausführung eines Steyr-Waffenrades entsprach<sup>156</sup>.

<sup>150</sup> KNEŽEVIĆ, Lebende Photographien 30.

<sup>151</sup> Zit. CANEPPELE, Beschnittene Schaulust 22.

<sup>152</sup> H. W. VOGEL, Ueber Amateurwesen; in: *Photographische Notizen* XXX/350 f. (Februar–März 1894) 17 ff.

<sup>153</sup> GIUSEPPE PIZZIGHELLI (Hg.), Anleitung zur Photographie für Anfänger (Halle an der Saale 71895) 54–67.

<sup>154</sup> Zit. JOHANNES PÖTSCH, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Aspekte zur Fotografie in Österreich vor dem Ersten Weltkrieg, geisteswiss. Diss. (Wien 1985) 91 f.

<sup>155</sup> *Lechner's Mittheilungen aus dem Gebiete der Literatur und Kunst, der Photographie und Kartographie* IX/8 (Dezember 1897) 92; TIMM STARL, Knipser. Die Bildgeschichte der privaten Fotografie in Deutschland und Österreich von 1880 bis 1980 (München – Berlin 1995) 60.

<sup>156</sup> Preisliste für Fahrräder der Oesterreichischen Waffenfabriks-Gesellschaft in Steyr 1898; in: WALTER ULREICH, Das Steyr-Waffenrad (Graz 1995) 207.

Technisch weniger anspruchsvoll, dafür billiger als die kleinen Plattenkameras, waren die Rollfilm-Apparate der US-amerikanischen Firma Kodak. Sie wurden ihrer Handlichkeit wegen als die idealen Kameras für Fahrradtouren beworben. Eine „Pocket-(Taschen-)Kodak“ wog nicht mehr als 200 Gramm und kostete nur 13 Gulden, die Zelluloid-Spule für 12 Aufnahmen inbegriffen<sup>157</sup>.

Die Ansichten touristischer Orte und Landschaften kursierten auch in Form von massenhaft gedruckten Ansichtskarten. Bei einem Stückpreis von 5 bis 6 Kreuzern waren sie weit verbreitet. Die „illustrierten Postkarten“, deren Motive zunächst gezeichnet waren, zunehmend aber von fotografischen Vorlagen gedruckt wurden, zeigten jede Landschaft und jeden Ort von der besten Seite, einschließlich der Hotels und Kursalons, Seedampfer, Sommervillen und Lokalbahnstationen. Die Gepflogenheit, von unterwegs Grüße in Form von Bildpostkarten zu versenden, hatte sich unter Reisenden eingebürgert und war inzwischen zur wahren „Ansichtenmanie“ geworden. „Der Tourist ohne Ansichtskarte ist undenkbar“, hieß es in der Wiener *Illustrierten Reise-Zeitung*<sup>158</sup>. Die Ansichtskarten wurden zugleich auch in Serien für vereinsmäßig organisierte Sammler vertrieben<sup>159</sup>. In Wien erschien eine eigene Fachzeitschrift, die *Illustrierte Postkarte*. Sie bot Abonnenten die Möglichkeit, sich von insgesamt 1.000 Orten auf jedem Erdteil gestempelte Ansichtskarten zuschicken zu lassen. Die Ansichtskarten waren eine billige Möglichkeit, sich Bilder aus aller Welt ins Heim zu holen, zumal Fernreisen für die meisten Menschen unerschwinglich waren: Eine Weltreise kostete 6.000 Gulden, eine Tour nach Ägypten 800, eine Fahrt in die Schweiz oder nach Italien 200 bis 400 Gulden<sup>160</sup>. Die Karten mit den Motiven aus der Ferne wurden zur Zimmerdekoration verwendet, in Alben aufbewahrt, oder in speziellen Sammelkästen zur Schau gestellt, wie sie etwa die Wiener Firma Josef Hauser mit Namen wie „Im Fluge durch die Welt“ oder „Grüße aus der Ferne“ herstellte<sup>161</sup>. Die Postkartenhersteller waren ständig auf der Suche nach neuen Ansichten für Foto-Postkarten, um die Nachfrage zu decken: „Aufruf! An alle Papierhändler – Buchhändler – Kaufleute – Gastwirte – Vereine. Ersuche um Zusendung von Photographien oder Zeichnungen behufs Anfertigung von neuen Postkarten mit Ansichten oder Emblemen. Wo keine Photographien zu haben sind, ersuche um Nachricht, dort werden Aufnahmen veranstaltet.“<sup>162</sup>

In der Ansichtskartenproduktion eröffnete sich auch für die professionellen Kleinstadt Fotografen in den Sommerfrischen ein neues Geschäftsfeld. So lieferte in Gmunden der Friseur und Fotograf H. Vinzenz Haslacher Landschaftsaufnahmen an den Gmunder Verlag von Josef Vesco und an das Fotoatelier von Friedrich Ernst Brandt, der

<sup>157</sup> *Lechner's Mittheilungen* IX/8 (Dezember 1897) 91 f., 95.

<sup>158</sup> PAUL VON SCHÖNTHAN, Gruss aus X; in: *Progress. Illustrierte Reise-Zeitung und Wiener Fremdenführer* VI/128 (November 1897) 3 f.

<sup>159</sup> JOSEF ZADRA, Tausch-Adressenbuch für Ansichtskarten-Sammler aller Welttheile (Salzburg 1899).

<sup>160</sup> A[LBERT] PAUER, Die Eisenbahnen und das reisende Publikum; in: *Oesterreichische Eisenbahn-Zeitung* vom 19. April 1896, 128.

<sup>161</sup> ANNA POLKA, Grüß Gott! 100 Verse für Postkarten (Neutitschein – Wien o. J.); *Die Illustrierte Postkarte. Offizielles Organ der „Internationalen Association der Ansichtskartensammler“* vom 1. März 1898.

<sup>162</sup> *EBD.* Insetat.

seinerseits dazu übergang, sich als Ansichtskartenverleger zu betätigen<sup>163</sup>. In Ungarn wurden 1899 Fotografen von der königlichen Post beauftragt, ungarische Städte zwecks Verwertung als Ansichtskartenmotive abzulichten. Der größte Teil der kursierenden Ansichtskarten stammte jedoch aus dem Ausland: „Man kann wohl annehmen“, schrieb *Die Illustrierte Postkarte*, „dass in Deutschland zur Zeit täglich 100 neue Ansichtskarten erscheinen“. Man schätzte die wöchentliche Gesamtproduktion auf 600.000 Stück. In Leipzig war eine Reihe von Druckereien „ständig“ mit der Herstellung von Ansichtskarten beschäftigt; andere Leipziger Firmen widmeten sich ausschließlich der Produktion von Sammelalben. Zudem wurden von ausländischen Firmen, so heißt es im *Österreichisch-Ungarischen Centralblatt für Buch- und Steindruckereien* [...], Dutzende mit Kameras ausgerüstete Angestellte in aller Herren Länder entsandt, um die von den Touristen geschätzten Orte für den Kartendruck zu fotografieren<sup>164</sup>. Nachdem die Post gegen höheres Porto auch Karten zum Postversand zugelassen hatte, die sich in Größe und Form von herkömmlichen Korrespondenzkarten unterschieden, kamen Kuriositäten auf den Markt – etwa faltbare Panoramakarten für „Totalansichten von Städten und alle[n] langgestreckten Landschaften“. Darüber hinaus wurden erotische Fotoserien im Postkartenformat mit Motiven wie „Princess Chimay im Trikot mit Rad“ produziert, beworben als „Pikant! Nur für Herren“. „Genrekarten“, vor allem „die Darstellungen von Blumen und schönen Frauen“, wurden zunehmend auch von Kunsthändlern vertrieben. Allerdings wurde auch in diesem Genre nur rund ein Drittel des Bedarfs aus heimischer Produktion gedeckt. „Gelegenheitskarten“ oder „Ereigniskarten“ zeigten Abbildungen aktueller, auch politischer Begebenheiten. 1899 zirkulierten unter anderem Karten von den Festzügen des Kaiser-Jubiläums oder den Schauplätzen des Attentats auf Kaiserin Elisabeth, einschließlich der Überführung ihres Sarges in den Genfer Bahnhof: „Mit deutschem, böhmischen, polnischem u. ungarischem Texte erhältlich.“

*Die Massenpresse zwischen „Zeitungsstempel“  
und Kolportageverbot*

Der österreichische Bildruckmarkt wurde zunehmend von der graphischen Industrie des Deutschen Reiches dominiert. Deutsche Druckereien produzierten für einen weitaus größeren Markt und entsprechend billiger. Hinsichtlich von Kalendern etwa vermerkte das *Österreichisch-Ungarische Centralblatt* des graphischen Gewerbes, dass der deutsche Verleger für eine einsprachige Bevölkerung von 50 Millionen arbeite, während der österreichische mit einem Absatzgebiet von nur „circa 10 Millionen Deutschen“ rechnen könne und zu entsprechend kleineren Auflagen gezwungen sei<sup>165</sup>. Bei Bilderbüchern sei die Wiener Industrie einst führend am deutschen Markt gewesen,

<sup>163</sup> ELFRIEDE PRILLINGER, Vom Porträt zur Ansichtskarte. Gmundner Photographiegeschichte seit 1856. Sonderausstellung Kammerhofmuseum Gmunden (Gmunden 1981) 5 f., 20.

<sup>164</sup> *Österreichisch-Ungarisches Centralblatt für Buch- und Stein-, Licht-, Zink- und Kupferdruckereien, Lithographien und verwandte Geschäfte* vom 15. August 1901, 1; CONRAD LANGE, Die Autotypitis, eine moderne Illustrationskrankheit; in: *Ebd.* vom 15. Juni 1900, 2 f.

<sup>165</sup> *Ebd.*

während neuerdings der einschlägige Handel fast ausschließlich mit deutschen Produkten versorgt werde. Die höher entwickelte deutsche Farblithographie Sorge überdies für den ungezügelter Import von Gemäldedruckern. Wegen der besseren Produktionsbedingungen in Deutschland – etwa geringere Steueraufgaben – sei die Konkurrenz geradezu erdrückend. Heimische Betriebe könnten bei gleicher Qualität die deutschen Preise nicht halten, weshalb die Einführung von Schutzzöllen nötig sei. Neben den ungleich günstigeren deutschen Verkehrsverhältnissen wurde auch eine allmähliche „Verdrängung des Deutschthums in unserem Staate“ als Hemmnis für den deutschösterreichischen Buchhandel angeführt, als Ursache für den Rückgang von illustrierten Luxusbüchern hingegen die von Jahr zu Jahr wachsende Verbreitung von Zeitungen und Zeitschriften.

In ähnlicher Weise sah sich der heimische Pressemarkt von der starken deutschen Produktion bedrängt. Nur zögerlich verbreiteten sich in den heimischen Zeitungsdruckereien moderne Rotationsdruck- und Setzmaschinen, die die Druckgeschwindigkeit erhöhten, die Auflagen steigerten und die Preise senkten. Österreichische Zeitungen waren vergleichsweise teuer und gering verbreitet. Es mangelte an großen Städten mit entsprechender Abnehmerschaft, wie sie im Deutschen Reich in großer Zahl existierten. Außerdem blieb laut Gewerbeordnung nach wie vor der Betrieb von Druckereien in Orten untersagt, die nicht Sitz einer politischen Bezirksbehörde oder einer landesfürstlichen Polizeibehörde waren<sup>166</sup>. Eine effiziente Möglichkeit der Unterdrückung politischer Opposition eröffnete den Behörden nach wie vor auch der Postversand. Betroffen davon war unter anderem die in Wien erscheinende Wochenzeitung *Die Zeit*. Sie sympathisierte mit einem gemäßigten Sozialismus, forderte das allgemeine Wahlrecht, eine progressiv berechnete Steuer, staatliche Wohlfahrtseinrichtungen wie Kranken-, Unfall- und Arbeiterversicherung und wandte sich gegen den herrschenden Antisemitismus. Um der drohenden Beschlagnahmung zu entgehen, gab man neben dem Hauptblatt auch ein Beiblatt heraus, das die politischen Artikel enthielt und in geschlossenen Kuverts separat an die Abonnenten versandt wurde. Doch auch dies nützte letzten Endes nichts. Die Regierung entzog der *Zeit* den Postdebit und ließ die Zeitungssendungen sowie die in geschlossenen Briefkuverts versandten Blätter zurückhalten<sup>167</sup>.

In den Jahren nach der Aufhebung der Kautionspflicht 1894 erhöhte sich in der österreichischen Reichshälfte zwar die Zahl der Zeitungen mit politischem, insbesondere nationalem Inhalt, gleichzeitig aber auch die Zahl an Beschlagnahmungen durch die Staatsanwaltschaften: zwischen 1896 und 1899 von 900 auf 3.400<sup>168</sup>. Von zahlreichen Beschlagnahmungen betroffen war die *Arbeiter-Zeitung*, die zum Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei erklärt und von Victor Adler zu einer Tageszeitung umgestaltet wurde, um ihre Klientel tagtäglich zu erreichen. Nach Aufhebung der gesetzlichen Kautionspflicht sah sich Adler „gezwungen“, „an ein tägliches Blatt zu gehen“, das zwar viel Arbeit verursachte, aber notwendig war, um zu verhindern, dass eine andere Druckerei

<sup>166</sup> CARL JUNKER, Die Aufhebung des Zeitungsstempels und die österreichische Presse. Denkschrift im Auftrage und auf Grund einer Enquête des Reichsverbandes österreichischer Buchdruckereibesitzer (Wien 1901) 3 f.

<sup>167</sup> WALTER, Österreichische Tageszeitungen 12 f., 52 ff.

<sup>168</sup> JUNKER, Aufhebung 22 ff., 53 f.

ein solches herausgab<sup>169</sup>. Wie ihre Vorgängerinnen verstand sich die neue *Arbeiter-Zeitung* als „Kampfblatt“ der Arbeiterbewegung. Darüber hinaus aber wollte sie durch Korrespondenten in allen größeren Orten Österreichs und des Auslandes „in Eigenberichten und Telegrammen“ über Politik und Wirtschaft berichten. Berichte aus dem Reichsrat und den Landtagen sollten ebenso erscheinen wie lokale Nachrichten aus den Gerichtssälen, dem Geschäftsleben oder der Kunst. Der Unterhaltung sollte ein Fortsetzungsroman dienen sowie eine illustrierte Sonntagsbeilage mit Novellen und Gedichten: „In keiner Arbeiterwohnung soll die ‚Arbeiter-Zeitung‘ fehlen; sie soll in den Händen aller sein, die Anteil nehmen an der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Befreiung des arbeitenden Volkes.“<sup>170</sup> Die neue *Arbeiter-Zeitung* erschien täglich um sechs Uhr morgens – außer an Montagen, an denen sie wegen der Sonntagsruhe-Bestimmungen erst um zwei Uhr nachmittags herauskam. Der Preis des Jahresabonnements betrug 18 Gulden, die Einzelnummer kostete in Wien 4 und außerhalb der Stadt 5 Kreuzer. Parteifunktionäre sorgten für die Hauszustellung an die Abonnenten, ansonsten war das Blatt in Tabaktrafiken erhältlich. Angesichts der immerzu drohenden Beschlagnahme versuchte man die Vorlage der Pflichtexemplare der aktuellen Ausgabe bei den Behörden zu verschleppen und währenddessen durch Kolporteurs zu Fuß oder per Fahrrad so viele Exemplare wie möglich zu verbreiten. Darüber hinaus litt man unter dem nach wie vor aufrechten Kolportageverbot, das die Verbreitung auf den Straßen und in den Betrieben behinderte; eine Schikane, die vor allem die finanzschwachen Blätter traf, während sich die großen bürgerlichen Blätter davon freikaufen konnten, da sie über das Geld verfügten, das hohe Postporto zu bezahlen. Insgesamt stand die österreichische Zeitungslandschaft noch weit hinter jener anderer „Culturländer“. Für 1899 wies das Österreichische Statistische Handbuch 2.800 periodische Druckschriften in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern aus, davon keine hundert Tageszeitungen.

Mit der Aufhebung des Zeitungsstempels per 31. Dezember 1899 fiel jedoch eine weitere Hürde der Presseentfaltung. In einer vom „Reichsverband österreichischer Buchdruckereibesitzer“ beauftragten Denkschrift beschrieb Carl Junker die Auswirkungen. Etablierte Wiener Blätter wie die *Neue Freie Presse* würden trotz der Kostensenkung ihren Preis gleich belassen, jedoch mehr Umfang sowie Beilagen und anlassbezogene Extrablätter bieten<sup>171</sup>. Kleinere Blätter – etwa die sozialdemokratischen – würden den finanziellen Spielraum für eine höhere Erscheinungsfrequenz oder Preissenkungen nutzen. In geringem Umfang komme es auch zu Zeitungsneugründungen – im adriatischen Küstenland verzeichnete man eine starke Zunahme an italienischsprachigen Zeitungen. In Böhmen führten die *Bohemia* und das *Prager Tagblatt* bei gleich bleibendem Preis Abendblätter ein. In Wien erschien seit Aufhebung des Zeitungsstempels und der Währungsumstellung auf Kronen die kleinformatige *Österreichische Kronen Zeitung*, benannt nach dem niedrigen Abonnementpreis von einer Krone monatlich. Im Einzelverkauf bei den Trafiken kostete das Blatt 4 Heller. Die vergleichsweise billige *Kronen Zeitung* verzichtete

<sup>169</sup> PETER PELINKA, MANFRED SCHEUCH, 100 Jahre AZ. Die Geschichte der Arbeiter-Zeitung (Wien 1989) 19 ff.; WALTER, Ökonomische Bedingungen 77.

<sup>170</sup> Zit. PELINKA, SCHEUCH, 100 Jahre AZ 25.

<sup>171</sup> JUNKER, Aufhebung 1 f.

auf kostspielige Elemente wie Leitartikel, Feuilleton oder Auslandskorrespondenten<sup>172</sup>; selbst für Telegramme gab man nur wenig Geld aus. Als Boulevardblatt beschäftigte sie sich mit sensationslüstern und einfach geschriebenen Berichten und suchte mit vielen Abbildungen möglichst breite Leserschichten anzusprechen.

Wenngleich sich die *Kronen Zeitung* noch mit gezeichneten Illustrationen begnügte, so hielten allgemein vermehrt fotografische Abbildungen Einzug in die Zeitungen. Der Zeichner wurde abgelöst vom Fotografen – nicht, wie es im Zentralorgan des graphischen Gewerbes hieß, weil er weniger an Honorar kostete, sondern weil er in der gleichen Zeit, in der eine Handzeichnung entstand, hunderte Aufnahmen knipsen konnte. Auch war die Herstellung fotografischer Druckvorlagen bereits bedeutend billiger als das händische Holzschnitt-Verfahren. Beklagt wurde am entstehenden Fotojournalismus jedoch ein neuer Sensationalismus: „Es mag ja für ein sensationslüsternes Publicum sehr interessant sein, wenige Tage nach einem Attentate schon die Physiognomie des Attentäters leibhaftig nach der Natur abconterfeit vor Augen gestellt zu bekommen. Manchem mag es dabei kalt über den Rücken laufen, etwa wie wenn er die Verbrecherkammer eines Panopticum's beträte.“<sup>173</sup>

Die Aufhebung des Zeitungstempels stärkte freilich nicht nur die heimische Presse, sie erhöhte auch die Einfuhr deutscher Zeitungen und damit die ohnehin schon starke Konkurrenz. Da sich die Versandgebühren für deutsche Blätter nicht nach der Erscheinungshäufigkeit, sondern nach dem Abonnementpreis richteten, drückte die stetige Verbilligung deutscher Zeitungen die Portosätze. Reichsdeutsche Blätter konnten österreichischen Abonnenten dadurch viel billiger ins Haus geliefert werden als österreichische, ja sogar billiger als dies in Deutschland selbst möglich war. Eine per 1. Jänner 1901 geltende Erhöhung der Portosätze im Postverkehr mit Deutschland entschärfte zwar die Situation, doch blieben österreichische Blätter weitaus teurer als deutsche. Absatzhemmend und nicht mehr zeitgemäß war, so Carl Junker in seiner Denkschrift, auch das Kolportageverbot in § 23 des Pressegesetzes, das die Verteilung von Druckschriften außerhalb der dazu „ordnungsgemäss bestimmten Localitäten“ untersagte. Denn anders als der wohlhabende Abonnent, der mit Muße zuhause lese, kaufe ein Arbeiter die Zeitung nur gelegentlich, „wenn er das kleine Geldstück übrig hat“, und ein Geschäftsmann, wenn er es dort bekomme, wo er sich gerade aufhalte und Zeit zum Lesen finde. Die zweimal täglich erscheinenden Großstadtzeitungen veralteten zudem schon nach wenigen Stunden, weshalb es eines raschest möglichen Absatzes – also möglichst an den belebtesten Straßen und Plätzen – bedürfe. Junker knüpfte an die Forderung, das Kolportageverbot aufzuheben, eine weitere nach Bevorzugung der Inlandspresse. Denn die „absolute Freigebung der Colportage“ würde „in erster Linie zur Folge haben, dass Oesterreich insbesondere in den Grenzgebieten mit reichsdeutschen Blättern überschwemmt“ werde, nachdem die heimische Zeitungsindustrie – „vorläufig wenigstens“ – keine ähnlich billigen Zeitungen zu produzieren imstande sei<sup>174</sup>.

<sup>172</sup> HANS DICHAND, *Kronen Zeitung. Die Geschichte eines Erfolges* (Wien 1977) 12.

<sup>173</sup> LANGE, *Autotypitis* 2 f.

<sup>174</sup> JUNKER, *Aufhebung* 57 f.

In der Fachpresse erschien ein Vorschlag, die Zeitungen auch in Einzelnummern durch den Postboten an interessierte Käufer verkaufen zu lassen, um hunderttausende zusätzliche Abnehmer in den ländlichen Gebieten abseits der Hauptverkehrswege und ihrer Verschleißstellen zu erreichen. Dabei hätte es die Behörde gleich auch in Händen, „die sogenannte Schundliteratur von der Wohlthat dieser postalischen Neuerung auszuschliessen“. Durch Einführung eines derartigen amtlichen Kolportagesystems würden dem Staat Einnahmen entstehen und der Verlagsindustrie hunderttausende neue „Consumenten“ zugeführt. Durch Beschränkung dieses Systems auf inländische Zeitungen könne man überdies der deutschen Konkurrenz begegnen. Der „Bund österreichischer Industrieller“ richtete eine Petition an das Abgeordnetenhaus hinsichtlich einer Reform des Pressegesetzes: Der Aufhebung des Zeitungsstempels möge die Aufhebung des Kolportageverbots folgen. Die fortschreitende Kultur- und Bildungsreform mache eine freie Presse ebenso nötig wie das zunehmende Interesse der Menschen an öffentlichen Angelegenheiten, die politische Betätigung der organisierten Arbeiterschaft, die Bedürfnisse des Handelsverkehrs oder die Entfaltung der wissenschaftlichen Forschung. Man wolle nicht einer „Pressezügellosigkeit, welche verrohend und entsittlichend auf die Bevölkerung einwirkt“, das Wort reden, doch dürfe die Presseentfaltung nicht behindert werden – wobei Letztere wohl primär in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung begriffen wurde<sup>175</sup>.

Der amtierende Ministerpräsident Ernest von Koerber versuchte, diesen Forderungen mit einem 1902 vorgelegten Entwurf für ein Pressegesetz nachzukommen. Die Presse sei das wichtigste Instrument „im Kampfe der Meinungen“ und bedürfe einer anders gearteten „Controle ihrer Thätigkeit“. Das verbreitungshemmende Kolportageverbot solle fallen, da der Presse trotz des Parteienstreits große Bedeutung für die Volksbildung zukomme. Der Straßenverkauf steigere die Auflagen und sichere die wirtschaftliche Basis der Zeitungsunternehmen, die ihrerseits Voraussetzung für unabhängige und reichhaltige Entwicklung der Presse als „ein getreuer Spiegel der öffentlichen Meinung sei“<sup>176</sup>. Für nicht periodische Presseerzeugnisse solle das Kolportageverbot im Sinne eines Gewerbeschutzes jedoch aufrecht bleiben. Obwohl Koerbers Entwurf nicht Gesetz wurde, erfuhr die Tagespresse in den folgenden Jahren einen enormen Aufschwung – in der ungarischen Reichshälfte einen noch stärkeren als in der österreichischen. Eine weite Zeitungslandschaft entstand, bestehend aus Blättern, die in hoher Auflage für eine breite Leserschaft hergestellt wurden, insgesamt freilich auch erst nur einen Bruchteil der Staatsbürger erreichten. Nach wie vor war die Tageszeitung eine städtische Erscheinung. In den stark wachsenden Städten lebte der Großteil der Abonnenten, dort befanden sich die Staatsbürokratien, die Handelshäuser, Banken und Hotels, aber auch die Cafés, in denen Beamte, Geschäftsleute, Künstler und Intellektuelle verkehrten, um die aufliegenden Zeitungen zu lesen, Geschäfte abzuwickeln oder Neuigkeiten zu erfahren. Vor allem in Wien erschienen auch diverse Blätter mit überregionaler Reichweite, einzelne aber auch in Städten wie Budapest und Prag.

<sup>175</sup> *Österreichisch-Ungarisches Centralblatt* vom 1. Oktober 1901, 3 f.

<sup>176</sup> *Ebd.* vom 1. Juli 1902, 1.

*Wider „Schmutz und Schund“*

In schroffem Gegensatz zur prosperierenden Wiener Innenstadt standen die anwachsenden Industriegebiete in der Peripherie. Die Eisenbahn sorgte für einen stetigen Zustrom von Einwanderern aus den Kronländern, die als Fabrikarbeiter, Handwerker oder Dienstboten ihr Glück versuchten. Die Bevölkerungszahl Wiens wuchs auf zwei Millionen. Es mangelte an entsprechendem Wohnraum, wodurch unbeschreibliche Elendsverhältnisse entstanden. Zahlreiche Obdachlose schliefen in Fabrikhallen, unter den Stadtbahnbögen oder in der Kanalisation. Während das herrschende Elend in den großen bürgerlichen Zeitungen kaum Aufnahme fand, bemühte sich die sozialdemokratische Presse es aufzuzeigen, um einer Veränderung den Weg zu bereiten. Im Stil der Sozialreportage, wie sie Victor Adler über die Ziegelarbeiter am Wienerberg begründet hatte, beschrieb Max Winter für die *Arbeiter-Zeitung* die erbärmlichen Lebens- und Arbeitsverhältnisse von mährisch-schlesischen Webern, von böhmischen Glas- und Porzellanarbeitern, steirischen Erz- und Stahlarbeitern oder Wiener Kanalarbeitern<sup>177</sup>. 1904 erschien das Buch *Im dunkelsten Wien*, 1905 *Im unterirdischen Wien*. Der Journalist Emil Kläger und der Amateurfotograf Hermann Drawe durchforschten, als Stadstreicher getarnt, das nächtliche Wien auf der Suche nach den Schlafquartieren der Obdachlosen. Aus ihren fotografischen Aufnahmen entstand der Lichtbildervortrag „Durch die Wiener Quartiere des Elends und Verbrechens“ für das Programm der Wiener „Urania“<sup>178</sup>.

Die sozialdemokratische Programmatik beinhaltete auch, unterprivilegierten Bevölkerungskreisen Bildung zu vermitteln, die ihnen die Möglichkeit geben sollte, ihre Lage zu verändern. „Bildung macht frei“, lautete eine der politischen Parolen. Im größten Wiener Arbeiterbezirk Favoriten betrieb der der Sozialdemokratie nahe stehende, gelernte Buchhändler Philipp Suschitzky eine Buchhandlung samt Antiquariat und Leihbibliothek. Ursprünglich hatte man ihm die Konzession seitens der Behörden mit dem Hinweis auf mangelnden Bedarf – intern wohl auch seiner jüdischen Herkunft und politischen Einstellung wegen – verwehrt<sup>179</sup>. Erst nach einer in der Presse und im Reichsrat geführten Debatte, wonach in Favoriten für 127.000 Einwohner keine einzige Buchhandlung bestehe und die Konzessionsverweigerung als Versuch erscheine, der Bevölkerung „Lectüre und Bildung“ vorzuenthalten, wurde die Konzession erteilt. Suschitzkys Buchhandlung präsentierte sich angesichts des grassierenden Alkoholismus als Spezialbuchhandlung für die Alkoholfrage, führte jedoch auch medizinische und Sexualaufklärungsschriften<sup>180</sup>. Durch die beengten Wohnverhältnisse und die grassierende Armut war Sexualität in der Arbeiterschaft kein Tabu. Prostitution – selbst Kinderprostitution – war weit verbreitet,

<sup>177</sup> Vgl. STEFAN RIESENFELLNER, *Der Sozialreporter. Max Winter im alten Österreich* (Wien 1987).

<sup>178</sup> GEORG RIGELE, *Sozialdokumentarische Fotografie – Beiträge zu ihrer ideologischen Bedeutung*, Diplomarbeit aus Geschichte (Wien 1987) 119 ff.; CHRISTIAN BRANDSTÄTTER, *Durch die Wiener Quartiere des Elends und Verbrechens*; in: *Fotogeschichte II/6* (1982) 23–40.

<sup>179</sup> ANNETTE LECHNER, *Die Wiener Verlagsbuchhandlung „Anzengruber-Verlag, Brüder Suschitzky“ (1901–1938) im Spiegel der Zeit*, Diplomarbeit (Wien 1994) 8 ff.

<sup>180</sup> Ebd. 29 ff.

um den Lebensunterhalt oder auch nur eine Schlafstelle zu verdienen. Im Zuge der anlaufenden Kampagnen gegen „Schmutz und Schund“-Erzeugnisse wurde Suschitzky jedoch vor Gericht zitiert. Man warf ihm Verletzung der Sittlichkeit, Vertrieb unzüchtiger Fotos und Druckwerke sowie verbotener Druckschriften vor<sup>181</sup>.

Das verpönte pornographische Genre war freilich vor allem in bürgerlichen Männerkreisen verankert. Die zumeist im Verborgenen stattfindenden Affären mit Schauspielerinnen, Dienstmädchen oder Prostituierten fanden ihre Entsprechung im erotischen und pornographischen Genre, das ebenfalls in diskreter Weise konsumiert wurde. Buchhändler wie Carl Wilhelm Stern konnten ihre kostspielige pornographische Ware jahrelang ungestört und unter den Augen der Behörden vertreiben, weil sie Angehörige hoher Gesellschaftskreise zu ihrer Klientel zählten. Der eigentliche „Skandal“ bestand also weniger im Genre an sich, als darin, dass das Thema Sexualität durch massenhaft gedruckte Romane, Blätter und Bilder in immer breitere Bevölkerungskreise gelangte. Tabaktrafiken und Papierhandlungen boten „pikante“ Bildpostkarten an, Druckschriften wie das humoristische Blatt *Sect* brachten anzügliche Bildwitze und Sprüche nebst Werbeeinschaltungen für Kondome, „Pariser und Wiener Photos“ sowie einschlägige illustrierte Bücher, die gemeinhin per Post bestellt und auch zugestellt wurden<sup>182</sup>. Demgegenüber entfalteten kirchennahe Vereinigungen wie die 1905 gegründete Gesellschaft „Volksaufklärung“ Aktivitäten zur „Verbreitung der guten Sitten“, zur Förderung von „sittlich wertvollem“ und zur Bekämpfung von verderblichem Lesestoff. Man machte Eingaben an Ministerien sowie an die Pressestaatsanwaltschaften hinsichtlich verbotener Schriften oder unsittlicher Bücherprospekte, die auf dem Postweg zirkulierten, hinsichtlich anstößiger Karten in Schaufenstern oder bestimmter einschlägiger Händler und Verleger in Österreich, Ungarn oder anderen Ländern.

Verpönt waren unter den Pädagogen auch „Indianerbüchel“ sowie Abenteuer- und Detektivromane nach amerikanischem Vorbild. Da man in ihnen „genaueste Beschreibungen von Diebstählen, Einbrüchen, Fälschungen, schauerlichen Mordtaten“ fand, böten sie einen geradezu praktischen „Leitfaden für Verbrecher und solche, die es werden wollen“<sup>183</sup>. Um die „Schundhefte“ aus den Tabaktrafiken zu verbannen, erkannte man ihnen behördlicherseits im August 1906 die periodische Erscheinungsweise ab, was einem Verbot gleichkam, sie über Trafiken und Verschleißstellen zu vertreiben. Da sie weiters unter das Kolportageverbot fielen, durften sie nur noch bei konzessionierten Buchhändlern verkauft werden, wodurch man „einem Eindringen in breite Schichten der Bevölkerung vorgebeugt“ zu haben glaubte<sup>184</sup>.

Schwieriger zu kontrollieren war der offiziell ohnehin verbotene Kolportagehandel. Die Romanhefte um 18 bis 20 Heller stammten überwiegend aus deutschen Druck-

<sup>181</sup> EBD. 40 ff.; MARIANNE FISCHER, *Erotische Literatur vor Gericht. Der Schmutzliteraturkampf im Wien des beginnenden 20. Jahrhunderts* (= Untersuchungen zur österreichischen Literatur des 20. Jahrhunderts 16, Wien 2003) 67–75.

<sup>182</sup> CHRISTIAN FLANDERA, „Schmutz und Schund“. Die Diskussionen der sozialdemokratischen und der katholischen Lehrerschaft in Österreich, phil. Diss. (Salzburg 2000) 40 f.

<sup>183</sup> Zit. EBD. 34.

<sup>184</sup> Zit. FISCHER, *Erotische Literatur* 49.

zentren wie Berlin oder Dresden und wurden von wandernden Kolporteurs vertrieben. Die zumeist wöchentlich erscheinenden Fortsetzungsgeschichten waren darauf angelegt, dass der Kauf des ersten Bandes auch den der nächsten Bände nach sich zog, was letztlich eine Summe von etlichen Kronen ausmachen konnte. Auf diese Weise, so wurde beklagt, würden „Köchinnen, Hausmädchen, Kutscher, Lehrlinge“ veranlasst, ihr Gespartes zu opfern. Oft würden die ersten Nummern einer Serie als Gratisexemplare ausgegeben, um ein längerfristiges Geschäft anzubahnen. Dem weit verbreiteten Antisemitismus gemäß wies mancher Kritiker diese Art von Geschäftspraktiken pauschal Juden zu, „die mit diesen gemeinen Mord- und Geistergeschichten dem Volk, aber insbesondere der Jugend, das Geld aus der Tasche locken und sich bereichern“<sup>185</sup>. Die Kolportagehändler wurden allerdings auch von den etablierten Buchhändlern und Buchdruckern als unwillkommene Konkurrenz bekämpft.

In Österreich-Ungarn existierten mittlerweile auch einige hundert Kinos – zu einem Gutteil noch Wanderkinos. In Wien konnte sich das Kino in festen Häusern etablieren; der „Reichsverband der Kinematographenbesitzer“ entstand, der die Interessen der Kinobesitzer gegenüber den Behörden vertrat und sich von den schlecht beleumundeten Wanderkinos distanzierte. Man wollte auch bürgerliche Publikumsschichten ansprechen, wofür manche Kinobesitzer noble Kino-Theater einrichteten. Der Preis der Eintrittskarten schied die Klassen voneinander, billige Plätze waren für Arbeiter erschwinglich, die Logenplätze blieben wohlhabenden Zuschauern vorbehalten. Es entstanden lokale Kinoszentren, etwa an der Mariahilfer Straße zwischen dem Stadtzentrum und dem Westbahnhof. In den Außenbezirken wurden Singspielhallen und sonstige Spielstätten nach und nach in Kinos umgewandelt, schließlich konnten sich auch in der Provinz Kinos etablieren. Da die festen Kinos eines stetig erneuerten Filmangebots bedurften, um ihre Plätze immer wieder aufs Neue zu füllen, trat an die Stelle des teuren Filmkaufs der gewerbliche Filmverleih. Eine „pikante“ Facette im Programm bildeten erotische Filme. Die Firma Saturn-Film Wien–Brüssel bewarb Titel wie „Freiluftspiele junger Mädchen“ oder „Das Bad der Haremsdamen“: Wohl sei man sich „der großen Schwierigkeiten bewusst, die sich der Erzeugung derartiger Bilder entgegenstellen“, doch baue man fest „auf den Takt und die Verschwiegenheit der geehrten Kundschaft“, die Filme „nicht in Misskredit“ zu bringen<sup>186</sup>. Die so genannten „Herrenabende“ in den Kinos waren von den Behörden geduldet und insofern Ausdruck der herrschenden Doppelmoral.

Die zunehmende Verbreitung von „Schundheften“ wie von „Schundfilmen“ rief die katholische Kirche auf den Plan. Die österreichischen Bischöfe und Erzbischöfe beklagten 1910 in einem ihrer Hirtenbriefe die „Überwucherung und Überflutung von Stadt und Land mit unsittlichen Schriften und Bildwerken, von denen die ersteren massenhaft verbreitet, die letzteren in Schaufenstern und Auslagen ausgestellt oder in Inseraten, Panoramen, Kinematographen, Bioskopen dargestellt werden“<sup>187</sup>. Um der „Verseuchung“ und „Vergiftung“, die alle Altersgruppen und sozialen Schichten gleichermaßen betraf, Herr zu werden, forderten sie von den Gläubigen öffentlichen Protest und Gegenmaßnahmen

<sup>185</sup> Zit. FLANDERA, „Schmutz und Schund“ 35, 47, 163.

<sup>186</sup> Zit. EBD. 68; FRITZ, 100 Jahre Kino 26 f.

<sup>187</sup> Zit. FLANDERA, „Schmutz und Schund“ 91.

seitens der Staatsgewalt. Im Zentrum katholischer Kritik stand die Darstellung von sündhaftem Verhalten wie Ehebruch und Eifersucht, Mord, Selbstmord und Raubüberfällen, wie sie in den Filmen zu sehen waren. Eine „Schule des Verbrechens und Lasters“ war das Kino jedoch auch für Arbeiterbildner, für die im „Sensationsdrama“ der erbärmliche „Schundroman“ wiedererstand<sup>188</sup>. Seitens der Lehrerschaft wollte man Kindern den Besuch von Kinos, Varietés und Volkssängervorstellungen gänzlich untersagen. Doch konnten die Mitglieder des „Reichsverbandes der Kinematographenbesitzer“ allzu schwerwiegende Maßnahmen abwenden. Um ihr jugendliches Publikum nicht zu verlieren, legten sie sich eine Selbstzensur auf und verpflichteten sich, vor acht Uhr abends keine vom Bezirksschulrat beanstandeten Filme zu zeigen. Nach acht Uhr abends sollte Kindern der Zutritt zu den Vorstellungen verwehrt werden. Im April 1912 fand in Wien eine „Enquete betreffend die Regelung des Kinematographenwesens“ statt. In den Debatten wurden die unterschiedlichen Standpunkte deutlich. Als Vertreter der Kinobesitzer plädierte der ehemalige Wanderkinovorführer Karl Juhasz zur wirtschaftlichen Absicherung der etablierten Kinobetriebe dafür, pro 20.000 Einwohner nur eine Kinolizenz zuzulassen. Der Vertreter des Theaterdirektorenverbandes sprach sich ebenfalls für eine Einschränkung aus, da das Kino dem Theater das Galeriepublikum vollständig und das gehobene Publikum zu einem großen Teil nehme. Ein generelles Aufführungsverbot dramatischer Stoffe im Kino sollte das Theater vom Konkurrenzdruck befreien. Auch seitens der Justiz hagelte es harsche Kritik. Ein Bezirksrichter sah Straftaten Jugendlicher als direkte Folge des Kinobesuchs; der abgedunkelte Kinoraum lade zudem zu unzüchtigem Verhalten ein. Im Gefolge der Enquete wurde jedenfalls untersagt, auf Plakaten Begriffe zu verwenden, die auf „sittenwidrige Schaulust“ abzielten. Eine Verordnung des Innenministeriums von 1912 „betreffend die Veranstaltung öffentlicher Schausstellungen mittels eines Kinematographen“ verpflichtete Schausteller, bei der jeweiligen Landesbehörde eine Lizenz zu beantragen. Nicht erteilt werden durfte die Genehmigung „in unmittelbarer Nähe von Kirchen, Schulen, Erziehungsanstalten, Kindergärten, Krankenhäusern u. dgl.“<sup>189</sup>

### *Medien im Zeichen der Kriegszensur*

Seit der politischen Krise im Anschluss an die Annexion Bosnien-Herzegowinas 1908 traf Österreich-Ungarn geheime Kriegsvorbereitungen, die die Ausschöpfung aller gesellschaftlichen Ressourcen vorsahen und auch die Medienlandschaft betrafen. Vor dem Hintergrund der Balkankriege wurden „Kriegsvorsorgen“ getroffen und „Orientierungsbehelfe über Ausnahmeverfügungen für den Kriegsfall“ verfasst<sup>190</sup>. Im Dezember 1912 beschlossen der österreichische Reichsrat und der ungarische Reichstag ein Kriegsleistungsgesetz, das für den Fall der Fälle die generelle Kriegsdienstpflicht ab

<sup>188</sup> Zit. EBD. 129 f.

<sup>189</sup> EBD. 73 ff., 81, 83.

<sup>190</sup> MILITÄRISCHE ERFORDERNISSE politischer und politisch-administrativer Natur (Wien 1910) 13; ORIENTIERUNGSBEHELFE über Ausnahmeverfügungen für den Kriegsfall für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder. Ausgabe A (Für Zentralstellen) (Wien 1912) 20–27, Beilagen 1-o–1-s.

dem 17. Lebensjahr, die Aufhebung der Rechte der Arbeiterschaft in Kriegszeiten und die militärische Führung kriegswichtiger Betriebe vorsah. Zugleich wurde die Dienstzeit der Soldaten von zwei auf drei Jahre verlängert. An die Militärkommandos, an politische und administrative Behörden sowie an die Post- und Telegrafendirektionen in der österreichischen Reichshälfte ergingen versiegelte Druckschriften, die „Vorbereitete Ausnahmsverfügungen“ enthielten, welche bei „unmittelbar drohender Kriegsgefahr“ zu erlassen waren<sup>191</sup>. Mittels Aufhebung der Artikel 10 und 13 des Staatsgrundgesetzes von 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger war die behördliche Beschlagnahmung und Öffnung von Postsendungen aller Art vorgesehen, weiters die Einschränkung und Überwachung des Telegraf- und Telefonverkehrs sowie die Zensurierung von Druckschriften samt Post-, Erscheinungs- und Verbreitungsverboten<sup>192</sup>. Zeitungen und Zeitschriften sollten an militärisch relevanten Nachrichten nur veröffentlichen dürfen, was vom Kriegspressequartier – einer 1909 ersonnenen Institution des k. u. k. Armeeoberkommandos zur Betreuung der Presse<sup>193</sup> – und dem Preßbureau des k. u. k. Kriegsministeriums genehmigt worden war, oder in Form amtlicher Meldungen vom k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau an die *Wiener Zeitung* und die Landeszeitungen verteilt wurde. Die Zensur der Druckschriften durch Militärvertreter sollte durch ein in Wien eingesetztes Kriegsüberwachungsamt erfolgen. Diesem oblag auch die Einstellung, Einschränkung und Überwachung des Post-, Telegramm-, Telefon- und Eisenbahnverkehrs nach militärischer Maßgabe. Geheime Behelfe für jedes Kronland bezeichneten die Bahnstrecken und Telegrafleitungen, die im Kriegsfall in Betrieb zu halten und zu überwachen oder einzustellen waren. Für jede Stadt, in der eine Post- und Telegrafendirektion ihren Sitz hatte, wurde nach den gebräuchlichen Landessprachen eines Kronlandes die Zusammensetzung einer Telegrammzensurkommission festgelegt. In der in Wien situierten Haupt-Zensurkommission mussten neben der deutschen Sprache auch „böhmisch, polnisch, ruthenisch, serbo-kroatisch, slowenisch, slowakisch, rumänisch“ vertreten sein. Interurbane Telefonverbindungen und solche über die Reichsgrenzen hinaus waren im Mobilisierungs- oder Kriegsfall für Privatgespräche gänzlich einzustellen, Privatabonnenstationen konnten vom Militär bei Bedarf beschlagnahmt werden. Unter dem Vorwand der vaterländischen Verpflichtung wurden die „geflügelten Boten des Fortschritts und der Bildung“ vorsorglich wieder an die Kette gelegt. Doch traten all diese Maßnahmen erst mit Ausbruch des Krieges in Kraft. Dass aber die Aufhebung der Medienfreiheit nicht gleichzeitig auch eine Beseitigung der an den Medien sichtbar gewordenen sozialen, nationalen und kulturellen Probleme der Habsburgermonarchie bedeutete, sollte der Krieg zeigen.

<sup>191</sup> EBD. 1 f., 5 f., Beilagen 1 und 7.

<sup>192</sup> GUSTAV SPANN, Zensur in Österreich während des I. Weltkrieges 1914–1918, phil. Diss. (Wien 1972) 46 f.; DERS., Das Zensursystem des Kriegsabsolutismus in Österreich während des Ersten Weltkrieges 1914–1918; in: ERIKA WEINZIERL, OLIVER RATHKOLB, RUDOLF G. ARDELT, SIEGFRIED MATTL (Hgg.), Justiz und Zeitgeschichte. Symposiumsbeiträge 1976–1993 II (Wien 1995) 542.

<sup>193</sup> JOZO DZAMBO (Hg.), *Musen an die Front! Schriftsteller und Künstler im Dienst der k. u. k. Kriegspopaganda 1914–1918*. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung, Teil 2 (Dokumentation) (München 2003) 5 ff.